

Einladung

zur 36. Sitzung des Ausschusses für Integration, Europa und Internationale Kooperation
(Internationaler Ausschuss)
am Donnerstag, 3. Dezember 2020, 17.00 Uhr, Rathaus, Ratssaal

Tagesordnung:

- I. Ö F F E N T L I C H E R T E I L
1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und
 Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung
2. Einwohner*innenfragestunde
3. Genehmigung des Protokolls über die 34. Sitzung des Ausschusses für
 Integration, Europa und Internationale Kooperation am 17.9.2020
4. Integriertes Konzept zur Entwicklung einer zukunftsfähigen, resilienten
 Innenstadt
 (Drucks. Nr. 1995/2020 N1)
- 4.1. Integriertes Konzept zur Entwicklung einer zukunftsfähigen, resilienten
 Innenstadt
 (Drucks. Nr. 1995/2020 N1 E1)
5. Auswertung der Ergebnisse der zweiten Online-Befragung zum LIP 2.0
 (Informationsdrucks. Nr. /2020) - wird nachgereicht
6. Bericht der Dezernentin
7. Aktuelles

Onay

Oberbürgermeister



Handlungsanweisung Gremiensitzungen_20-10-2020.pdf

Handlungsanweisungen für politische Gremiensitzungen

Sehr geehrte Teilnehmer*innen von Rats-, Fachausschuss-, Stadtbezirksrats- und Integrationsbeiratssitzungen,

aufgrund der aktuellen Situation verfolgt die Landeshauptstadt Hannover das Ziel, eine Ansteckung mit dem Corona Virus möglichst zu verhindern, um so die Ausweitung der Erkrankung COVID-19 aktiv einzudämmen.

Dies ist neben dem ganz persönlichen Schutz jeder einzelnen Person auch deshalb wichtig, weil es die Basis zur Aufrechterhaltung des öffentlichen Lebens insgesamt ist.

Dafür bitten wir Sie um Ihre Unterstützung!

Bitte halten Sie die notwendigen Hygiene- und Abstandsregelungen ein, die laut Robert Koch-Institut (RKI) im Rahmen einer Pandemie grundsätzlich für alle Menschen gelten (s. auch www.infektionsschutz.de).

Die Mitglieder der Gremien und Mitarbeitenden der Stadtverwaltung sollen vor einer Ansteckung im Rahmen der Wahrnehmung ihrer politischen oder dienstlichen Tätigkeiten geschützt werden.

Deshalb werden ab sofort folgende Maßnahmen getroffen:

- Die o. g. Gremien tagen nach den Vorschriften des Kommunalrechts öffentlich. Für die Sitzungen der Integrationsbeiräte werden die Vorschriften analog angewendet. Da auch von den Besucher*innen der Sitzungen einen Mindestabstand von 1,5 m einzuhalten ist, wird es je nach Größe des Zuschauer*innenbereichs zu einer Beschränkung der Anzahl der Besucher*innen kommen. Diese wird im HCC und im Rathaus durch eine Einlasskontrolle zentral geregelt. Bei Sitzungen in den Stadtbezirken ist dies im Rahmen des Hausrechtes durch die Bezirksbürgermeister*innen in Kooperation mit der Stadtbezirksratsbetreuung und den örtlich Zuständigen der Veranstaltungsorte sicherzustellen.
- Für jede Sitzung werden im Eingangsbereich Mund-Nasen-Masken zur Verfügung gestellt. Gemäß der Niedersächsischen Corona-Verordnung ist jede*r Besucher*in von Veranstaltungen in geschlossenen Räumen verpflichtet, eine Mund-Nasen-Bedeckung zu tragen.
- Alle Sitzungen finden in ausreichend großen Räumen statt, so dass jeweils mindestens 1,5 m Abstand zwischen einzelnen Sitzplätzen der Gremienmitglieder gewährleistet ist.

Darüber hinaus bitten wir Sie um Einhaltung der üblichen Hygienemaßnahmen:

- Halten Sie Abstand
- Vermeiden Sie das Händegeben
- Husten oder Niesen Sie in die Armbeuge, drehen Sie sich dabei von anderen Personen weg
- Vermeiden Sie Augen, Nase oder Mund zu berühren
- Nutzen Sie Einmaltaschentücher und entsorgen Sie diese sicher
- Waschen Sie sich nach Personenkontakten, nach der Benutzung von Sanitäreinrichtungen und bei Kontakt mit Gegenständen oder Materialien, die mit Viren verunreinigt sein können, gründlich die Hände

Vielen Dank für Ihre Mitwirkung!

PROTOKOLL

36. Sitzung des
Ausschusses für Integration, Europa und Internationale Kooperation (Internationaler
Ausschuss) am Donnerstag, 3. Dezember 2020,
Rathaus, Ratssaal

Beginn 17.04 Uhr
Ende 18.05 Uhr

Anwesend:

Bürgermeister Hermann	(SPD)	
Ratsfrau Jeschke	(CDU)	
Ratsherr Döring	(FDP)	
Ratsherr Gill	(SPD)	i.V. Ratsherr Finck
Ratsfrau Iri	(SPD)	
Ratsherr Jacobs	(AfD)	
Ratsherr Klapproth	(CDU)	
Bürgermeisterin Kramarek	(Bündnis 90/Die Grünen)	
Ratsfrau Dr. Matz	(CDU)	
Ratsfrau Neveling	(Bündnis 90/Die Grünen)	

Beratende Mitglieder:

Frau Bokah Tamejani
Herr Dipl.-Ing. Faridi
Frau Hanesyan
Herr Prof. Dr. Ing. Khoramnia
Herr Lam
Herr Dr. Ramani
Herr Tschernow

Grundmandat:

Ratsherr Klippert (Die FRAKTION)

Verwaltung:

Stadträtin Bruns	Dezernat III
Frau Dr. Doering	50.6 Migration und Integration
Herr Berg	23.3 Wirtschaftsförderung
Frau Nyagolova	50.60 Integration
Frau Aster	61.6 Unterbringung
Herr Khoshbeen	50.60 (für die Berichterstattung)
Frau Hannig-Schohaus	50.60 (für das Protokoll)

Tagesordnung:

- I. ÖFFENTLICHER TEIL
1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung
2. Einwohner*innenfragestunde
3. Genehmigung des Protokolls über die 34. Sitzung des Ausschusses für Integration, Europa und Internationale Kooperation am 17.9.2020
4. Integriertes Konzept zur Entwicklung einer zukunftsfähigen, resilienten Innenstadt
(Drucks. Nr. 1995/2020 N1)
- 4.1. Integriertes Konzept zur Entwicklung einer zukunftsfähigen, resilienten Innenstadt
(Drucks. Nr. 1995/2020 N1 E1)
5. Lokaler Integrationsplan (LIP) 2.0: Ergebnisbericht zur 2. Online-Umfrage
(Informationsdrucks. Nr. 2925/2020 mit 1 Anlage)
6. Bericht der Dezernentin
7. Aktuelles
- II. NICHTÖFFENTLICHER TEIL
8. Abschluss eines Vertrages
(Drucks. Nr. 1867/2020 mit 1 Anlage)
9. Abschluss eines Vertrages
(Drucks. Nr. 2325/2020 mit 1 Anlage)

I. ÖFFENTLICHER TEIL

TOP 1.

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung

Vorsitzender Bürgermeister Hermann eröffnet die Sitzung um 17:04 und stellt die fristgerechte und ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Ratsfrau Iri kündigt an, dass sie den Tagesordnungspunkt 4 in die Fraktion ziehen werde.

Die Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

TOP 2.

Einwohner*innenfragestunde

Keine Fragen

TOP 3.

Genehmigung des Protokolls über die 34. Sitzung des Ausschusses für Integration, Europa und Internationale Kooperation am 17.9.2020

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

TOP 4.

Integriertes Konzept zur Entwicklung einer zukunftsfähigen, resilienten Innenstadt (Drucks. Nr. 1995/2020 N1)

Auf Wunsch der SPD in die Fraktionen gezogen

TOP 4.1.

Integriertes Konzept zur Entwicklung einer zukunftsfähigen, resilienten Innenstadt (Drucks. Nr. 1995/2020 N1 E1)

Auf Wunsch der SPD in die Fraktionen gezogen

TOP 5.

Lokaler Integrationsplan (LIP) 2.0: Ergebnisbericht zur 2. Online-Umfrage (Informationsdrucksache Nr. 2925/2020 mit 1 Anlage)

Frau Dr. Doering zeigt sich erfreut, dass sie die zweite Online-Befragung zum Lokalen Integrationsplan (LIP) 2.0 vorstellen könne. Da die Ausschusssitzung im November ausgefallen sei, habe man in der letzten Sitzung des Jahres den LIP inhaltlich noch einmal aufnehmen wollen. So sei es zu der späten Einreichung der Drucksache seitens der Verwaltung gekommen, wofür sie um Entschuldigung bitte. Zur Vorstellung der Drucksache habe man einen Vortrag vorbereitet, zu dem im Nachgang selbstverständlich noch Fragen gestellt werden könnten.

Anmerkung zum Protokoll: Die Präsentation und der Fragebogen sind als Anlage beigefügt.

Frau Nyagolova vom Sachgebiet 50.60 erläutert, dass das Ziel der Umfragen im LIP 2.0-Prozess sei, eine weitere Chance zur öffentlichen Beteiligung zu nutzen. Die vorliegende Umfrage habe darauf abgezielt, Einflussfaktoren auf das Zusammenleben in der Stadt zu erfragen, aber auch Ideen der Einwohner*innen für sinnvolle Maßnahmen im Rahmen des LIP zu sammeln. Ein weiteres Ziel sei die Formulierung möglicher Visionen für die Zukunft der Einwanderungsstadt gewesen. Die Umfrage sei zwischen Juni und August 2020 online durchgeführt worden. Man habe sie in verschiedenen Sprachen angeboten, um auch Eingewanderten, die des Deutschen nicht so mächtig seien, die Teilnahme zu ermöglichen. Die Akquise sei über die Webseite des Bereichs Migration und Integration sowie über soziale Netzwerke wie Facebook und Instagram gelaufen. Zudem habe man verschiedene Emailverteiler bedient und die Migrant*innenorganisationen angeschrieben. So habe man sehr viele Personen erreicht. Der Fragebogen habe aus fünf thematischen Blöcken bestanden, die von den aktuellen Lebensbedingungen über Themenschwerpunkte für den neuen LIP und eigene Visionen bis hin zu demografischen Daten und umfragespezifischen Angaben reichten. Insgesamt hätten 240 Personen teilgenommen, die Altersverteilung sei relativ ausgeglichen gewesen mit einer leichten Verschiebung zu Personen über 45 Jahren. 21 Prozent der Befragten hätten angegeben, dass sie über einen Migrationshintergrund aufgrund eigener Einwanderung oder familiärer Einwanderungsgeschichte verfügten. Bezüglich der Wohndauer in Hannover sei die Stichprobe sehr homogen gewesen. 84 Prozent der Befragten hätten angegeben, dass sie seit über zehn Jahren in Hannover lebten oder hier geboren seien. Im ersten Fragenblock sei es um die Determinanten des Zusammenlebens in Hannover gegangen und darum, was Hannover als Einwanderungsstadt auszeichne. Bei der Frage nach aktuellen Entwicklungen, die das Zusammenleben in der Stadt beeinflussten, habe die Hälfte der Befragten angegeben, dass eine gesellschaftliche Spaltung deutlich zu spüren sei. 23 Prozent der Befragten hätten geäußert, dass Diskriminierungs- und Rassismuserscheinungen das Leben in Hannover deutlich beeinflussten. Die Hälfte der Befragten hätten zudem festgestellt, dass sich die gesellschaftliche Spaltung verstärke und dass die Covid-19-Situation hierbei eine Rolle spiele. 18 Prozent seien der gegenteiligen Meinung gewesen, dass aufgrund dieser Entwicklungen die Gesellschaft mehr zusammenrücke und stärker im Austausch miteinander sei. Im zweiten Fragenblock sei es um Handlungsempfehlungen für das gesellschaftliche Zusammenleben sowie um mögliche Maßnahmen gegangen. Auf die Frage nach den Aufgaben, die im LIP 2.0 behandelt werden sollten, äußerten fast 40 Prozent der Befragten, dass das Leben im Stadtteil im Fokus stehen müsse. Weitere 17 Prozent gäben an, dass die Bekämpfung von Diskriminierung und Rassismus ein wichtiges Thema sei, und 15 Prozent äußerten, dass es wichtig sei, inklusive Bildungsangebote zu gestalten. Die meisten Vorschläge für mögliche Maßnahmen in diesem Themenfeld hätten sich auf den Bereich Schulbildung bezogen. In den Schulen solle der Erwerb der deutschen Sprache gefördert und die Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche mit internationaler Biografie verbessert werden. Im Bereich informeller Bildung sollten mehr spezifische Maßnahmen, beispielsweise zur Stärkung der politischen Bildung, entwickelt werden. Es sei empfohlen worden, Maßnahmen zur Qualifizierung, Arbeitsvermittlung und beruflicher Weiterbildung sowie zur Existenzgründung und Arbeitsplatzsicherung, insbesondere für Neuzugewanderte, zu entwickeln. Im Handlungsfeld Soziales liege der Fokus auf der Förderung des Zusammenlebens im Stadtteil. Es sollten mehr Maßnahmen für die Sicherung der Lebensqualität entwickelt werden, vor allem bezahlbarer Wohnraum und eine gezieltere Unterstützung von Menschen, die von Armut bedroht seien. Im Arbeitsfeld Stadtleben und Kultur habe der Fokus ebenfalls auf der Kultur im Stadtteil gelegen. Mehr Angebote im Stadtteil sollten entwickelt und Räume für Kulturschaffende bereitgestellt werden. Im Handlungsfeld Demokratie werde gewünscht,

dass die politische Teilhabe für alle Einwohner*innen ermöglicht werde und Menschen mit internationaler Biografie stärker in politischen Gremien repräsentiert seien. Das Thema „Modernisierung der Verwaltung“ sei als eines der wichtigsten im Handlungsfeld Verwaltung und Interkulturelle Öffnung bezeichnet worden, verbunden mit der Nennung vieler Beispiele für konkrete Maßnahmen. Im letzten inhaltlichen Fragenblock sei es um Visionen für die Zukunft gegangen. Hier sei unter anderem die Schaffung von mehr Begegnungsorten und die Verbesserung der städtischen Infrastruktur genannt worden. Diversität solle als selbstverständlicher Teil der Gesellschaft gesehen werden und sich in allen Systemen widerspiegeln. Auf die Frage nach dem eigenen Beitrag für die Erreichung dieser Visionen seien die Aufwertung der Stadtteile, das Sorgen für soziale Gerechtigkeit und die Modernisierung der Verwaltung genannt worden. Gefragt nach den Beteiligungsmöglichkeiten für gesellschaftliche Akteure, Initiativen, Vereine und die Stadtverwaltung an der Verwirklichung dieser Visionen, sei vorgeschlagen worden, die Prozesse partizipativ zu gestalten, die beteiligten Organisationen stärker zu vernetzen und ausreichend mit Ressourcen auszustatten.

Vorsitzender Bürgermeister Hermann dankt für die Präsentation der Ergebnisse und merkt an, dass sie ein gutes Meinungsbild darstelle und man daraus viele Schlüsse ziehen könne, auch wenn die Umfrage nicht repräsentativ gewesen sei.

Ratsherr Klapproth fragt, ob die Verwaltung sich bereits Gedanken gemacht habe, welche Unterschiede es zwischen der ersten und zweiten Umfrage gegeben habe und ob eine Tendenz festgestellt werden könne. Er sehe eine Tendenz in Richtung der Stärkung der Stadtteile und Quartiere.

Frau Nyagolova antwortet, dass man die Ergebnisse nicht vergleichen könne, da die Umfragen unterschiedliche Zielsetzungen gehabt hätten. In der ersten Umfrage sei es mehr um die Begrifflichkeiten gegangen.

Ratsfrau Iri dankt für den Vortrag, der für sie spannend gewesen sei. Sie bedaure, dass mit 240 Personen nur wenige teilgenommen hätten. Sie wisse aber, dass die Verwaltung bereits gute Ideen ausgearbeitet habe, wie man die Beteiligung erhöhen könne. Zum Thema „Interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung“ bereite die SPD-Ratsfraktion derzeit eine Anfrage vor zum Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in der Verwaltung und zur interkulturellen Öffnung der Verwaltung, mit dem Ziel, deren Anteil zu erhöhen. Hinsichtlich der unterschiedlichen Sprachen, in denen die Umfrage angeboten worden sei, interessiere es sie, ob dieses Angebot gut angenommen worden sei beziehungsweise wie viele Personen die jeweiligen Sprachen angenommen hätten. Sie nehme Bezug auf das Ergebnis der Umfrage, nach dem 52 Prozent der Befragten eine gesellschaftliche Spaltung wahrnahmen. Dies entspreche in absoluten Zahlen circa 120 Personen, was immer noch zu viel sei. In der Ratsversammlung vom 16.11.2021 habe es auf eine diesbezüglich Anfrage eine Antwort gegeben, der man entnehmen könne, dass sich die Fälle von Ausgrenzung, Antisemitismus und Diskriminierung verdoppelt hätten.

Frau Nyagolova führt zu den Sprachen aus, dass nur drei Personen nicht auf Deutsch geantwortet hätten, davon zwei Personen auf Englisch und eine Person auf Russisch.

Ratsfrau Iri äußert dazu, dass man sich angesichts dieser geringen Zahl eine Übersetzung auch sparen könne. Integration bedeute letzten Endes auch Teilhabe in deutscher Sprache.

Frau Dr. Doering bestätigt, dass man diese Schlussfolgerung ziehen könne. Ein zentrales Problem dieser Art der Befragung im Gegensatz zu einer face-to-face-Beteiligung sei, dass man bei Online-Befragungen verstärkt wahrnehme, dass die Fragen relativ hochschwierig formuliert seien. Zudem nähmen an solchen Befragungen eher Menschen teil, die sich für

das Thema begeisterten. Insgesamt habe man es mit digitalen Formaten schwerer, Menschen zu erreichen, die noch nicht Teil des LIP 2.0-Prozesses seien. Aus diesem Grund hoffe man, dass man für den zweiten Teil des LIP 2.0-Prozesses stärker in die Stadtteile gehen könne und auch physische Begegnungen wieder möglich seien. Man sehe hier die Auswirkungen der Corona-Pandemie einerseits und andererseits habe man im letzten halben Jahr zunächst lernen müssen, wie digitale Beteiligung funktioniere.

Bürgermeisterin Kramarek fragt, welche Altersspanne befragt worden sei. Es sei ihr aufgefallen, dass auf keiner Folie die Situation der Jugendlichen dargestellt sei. Sie sei wie Ratsfrau Iri fassungslos, dass 52 Prozent der Befragten eine starke Spaltung der Gesellschaft wahrnahmen. Das berühre sie und mache ihr Angst. Man müsse schauen, wie man damit in Zukunft umgehe und was man für Strategien entwickeln könne und wolle, um hier etwas entgegnzusetzen.

Frau Nyagolova verweist bezüglich der Altersverteilung auf die Tabelle auf Seite drei der Infodrucksache, nach der über 45-Jährige 56 Prozent der Stichprobe ausmachten. Unter den Personen, die Angaben zum Alter gemacht hätten, seien sieben Personen 19 bis 27 Jahre alt gewesen.

Ratsherr Klapproth geht ebenfalls auf das Thema der wahrgenommenen Spaltung der Gesellschaft ein und drückt sein Erstaunen diesbezüglich aus. Laut einer Erklärung in der Präsentation sei diese Wahrnehmung durch die Covid-19-Pandemie verstärkt worden. Er frage, woher diese Aussage käme, und merke an, dass es sich dann um eine vorübergehende Wahrnehmung handele, die sich vor allem auf die wirtschaftlichen Verhältnisse beziehe.

Frau Nyagolova bestätigt dies.

Ratsfrau Dr. Matz bezieht sich darauf, dass von den Beteiligten 28 Prozent in Hannover geboren seien und 56 Prozent bereits mehr als zehn Jahre hier lebten. Sie schließe daraus, dass wenige Menschen teilgenommen hätten, die neu in Hannover seien oder einen Migrationshintergrund aufgrund von Asyl und ähnlichen Gründen hätten. Sie frage, was weiter an Befragungen geplant sei, um auch die Einschätzungen dieser Gruppe von Bürger*innen zu erkunden. Vor dem Hintergrund der zuvor genannten Beteiligung empfinde sie es als umso bemerkenswerter, dass eine gesellschaftliche Spaltung in der Stadt wahrgenommen werde. Wer neu komme, sei zwangsläufig nicht gleich integriert, habe Sprachprobleme und komme anfangs mit vielen Dingen noch nicht klar. Wenn diese Person eine gesellschaftliche Spaltung wahrnehme, könne man darauf mit Willkommenskultur oder Ähnlichem antworten. Wenn aber Personen, die bereits lange in Hannover lebten, eine Spaltung wahrnahmen, dann werte sie dies als einen wichtigen Hinweis, dass man hier gegensteuern müsse.

Frau Dr. Doering erläutert, dass die Beteiligung an der Umfrage freiwillig gewesen sei. Somit sei diese letztendlich nicht repräsentativ. Man habe nicht die finanziellen Mittel gehabt, um eine repräsentative Umfrage durchführen zu können. Des Weiteren betone sie, dass Neuzugewanderte eher über face-to-face Kontakte im Sinne von Willkommen heißen und ins Gespräch kommen erreicht würden und eben nicht über die verwendete Form der digitalen Beteiligung. Diese Idee habe man für den Zeitraum April/Mai 2021, in der man eine LIP-Woche in den Stadtteilen durchführen wolle. Man sammle Ideen der Integrationsbeiräte, wie man mit den Menschen über das Thema Integration in den Stadtteilen ins Gespräch kommen könne. Sollten weiterhin Einschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie bestehen, werde man auf digitale Beteiligungsformate zurückgreifen. Man könne überlegen, ob man gegebenenfalls auch über finanzielle Anreize Menschen dazu bewegen könne, sich zu beteiligen.

Frau Bokah schlägt für die nächste Befragung vor, dass man Vereine und Verbände einbeziehen könne, da diese bessere Kontakte zu den Mitbürger*innen hätten. Menschen, die weniger als zehn Jahre in Hannover seien, seien aus ihrer Erfahrung nicht in der Lage, sprachlich an solch einer Befragung teilzunehmen. Innerhalb der Vereine könne man sich beim Beantworten der Fragen gegenseitig behilflich sein. Auch bei der Erstellung der Fragen und vorgegebenen Antworten könne man die Vereine und Verbände einbeziehen, um diese verständlicher zu formulieren. Auch sie habe die geringe Beteiligung als enttäuschend empfunden. Sie zähle zu der Gruppe der Migrant*innen, die schon lange in Hannover sei. Diese Gruppe könne hinsichtlich der Abläufe und der Veranstaltungen beraten.

Frau Dr. Doering hebt hervor, dass man genau dies getan habe. Die Verteiler des Bereichs Migration und Integration und die Expert*innen kämen in der Regel aus Vereinen und Verbänden von Migrant*innenorganisationen, woraus sich der große Anteil von Teilnehmer*innen mit Migrationsgeschichte erkläre, die bereits länger in Hannover lebten. Die Schwierigkeit bestehe darin, Personen, die sich außerhalb dieser Vereine und Verbände bewegten, zu erreichen. Natürlich könnten die Vereine und Verbände dies noch viel mehr streuen und Unterstützung und Begleitung anbieten. Dies habe man aber auch getan, was sich auch an den Ergebnissen zeige.

Herr Lam merkt an, dass Hannover eine Einwanderungsstadt sei, in der 38 Prozent Menschen mit Migrationsgeschichte lebten. Vielfalt und Teilhabe seien ein Fundament und eine besondere Stärke für eine gelungene Einwanderungsgesellschaft in Hannover. Ziel der Integration seien Gleichstellung und Teilhabegerechtigkeit. Die Migrant*innenselbstorganisationen erwarteten, dass man in 2021 konkrete Maßnahmen zum LIP 2.0 vorlege. Wichtig sei auch die anschließende Maßnahmenumsetzung, der er viel Erfolg wünsche.

Ratsherr Jacobs merkt an, dass er für die Umfrage danke, die er sehr aufschlussreich finde. Sie spiegele das wieder, was man in der Gesellschaft deutlich merke, nämlich, dass sich einige Menschen sehr stark engagierten und andere nicht. Viele fänden sich hier gut zurecht und nutzten die vorhandenen Angebote, ohne sich politisch oder gesellschaftlich zu engagieren, ebenso wie dies bei Menschen sei, die schon immer hier lebten. Das Ziel der Integration sei doch, dass man eine Gesellschaft habe, in der der Einzelne sagen könne, dass er seinen Punkt gefunden habe, in dem er gut leben könne. Dass dies bei einigen nicht der Fall sei, sei klar. Man habe inzwischen bei den Jugendlichen einen Anteil von 50 Prozent mit Migrationshintergrund und man müsse den Fokus stärker darauflegen, dass man Menschen im Allgemeinen, und nicht nur diejenigen mit Migrationshintergrund, hier besser ankämen und die Vernetzung zwischen den Menschen stärker werde. Hier sei in seinen Augen ein Schwerpunkt dahingehend zu setzen, dass Bürger*innen ein Miteinander hätten, wie beispielsweise in Sportvereinen, wo es keine Rolle spiele, ob man Migrationshintergrund habe oder nicht. Dies müsse das Ziel sein. Deshalb habe er auch Probleme mit dem Integrationsplan und fände es besser, wenn man die gesamte Gesellschaft sehe und Angebote mache, um das Zusammenleben zu verbessern.

Frau Hanesyan schlägt vor, dass man die Befragung zusammen mit der Ausländerbehörde organisieren könne, weil alle Migrant*innen und Einwanderer*innen, die weniger als zehn Jahre in Deutschland seien, dorthin kämen, um ihre Aufenthaltstitel zu verlängern. Man könne den Menschen ein Formular mitgeben und käme dann vielleicht leichter zu Antworten und Ergebnissen.

Zur Kenntnis genommen

TOP 6.

Bericht der Dezernentin

Stadträtin Bruns äußert zunächst ihre Freude darüber, dass sie zum ersten Mal in diesem Ausschuss berichten könne. Bezüglich der Neuorganisation des Internationalen Ausschusses freue sie sich, dass die Zuständigkeiten im Rahmen der Dezernatsverteilung inhaltlich erweitert worden seien und man nun als weiteren Schwerpunkt die europäischen und internationalen Themen aus dem Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters behandeln könne. Es gebe in der Stadtverwaltung eine gute Kooperation zwischen dem Bereich Integration und dem Büro für internationale Angelegenheiten. Dies habe sie bei der Vorbereitung der Gremien des Städtetages ebenso wie bei der Überarbeitung des Lokalen Integrationsplanes wahrgenommen. Integration und Internationalisierung seien zwei Seiten einer Medaille und daher sei es gut und richtig, diese Themen nun gemeinsam in diesem Ausschuss zu behandeln. In der vergangenen Woche habe der Oberbürgermeister im Verwaltungsausschuss berichtet, dass die Stadt Hannover am 4.12.2020 mit der Ehrenplakette des Europarates ausgezeichnet werde. Sie wolle herzlich zu der diesbezüglichen Online-Veranstaltung einladen. Die Ehrenplakette werde der Stadt für ihr europäisches Engagement verliehen. So sei die Stärkung der kommunalen Europaarbeit ein Schwerpunkt der in 2019 verabschiedeten städtischen Internationalisierungsstrategie und des Handlungskonzepts „Hannover – Internationale Stadt“. Viele Stellen innerhalb der Stadt engagierten sich stark zu diesem Querschnittsthema, sei es im Büro für internationale Angelegenheiten oder in den Bereichen Jugend, Sport, Kultur, Umwelt, Wissenschaft oder Wirtschaft. Der Preis würdige die Zusammenarbeit mit Kooperationsstädten und Partnerstädten, die Organisation von Veranstaltungen zur Verbreitung des europäischen Gedankens, Aktivitäten zur europäischen und internationalen Solidarität, die Arbeit in europäischen Projekten und den Austausch mit internationalen Netzwerken. Ihr sei es persönlich wichtig, auch mit Jugendlichen über Europa und über Jugendliche in Europa zu reden. In diesem Zusammenhang freue es sie, dass das Büro für internationale Angelegenheiten anlässlich der Auszeichnung in Kooperation mit dem Verein Politik zum Anfassen, unter dem Titel „Von der Liebe zur Demokratie – Hannah Arendt und Europa“ zu diesem Thema zusammenkommen werde. In vier Arbeitsgruppen könnten Schüler*innen zu den Themen Klimaschutz, Flucht, Antirassismus und kommunale Europaarbeit ihre Ideen einbringen und Anträge entwickeln, ähnlich wie bei dem Ratsplanspiel „Pimp Your Town“. Sie appelliere daran teilzunehmen. Zum Thema Migration und Integration müsse sie zuallererst den Abbau der Stellen im Integrationsmanagement ansprechen. Seit 2015 betreibe die Landeshauptstadt ein eigenes Integrationsmanagement als Angebot kommunaler Migrationssozialarbeit. Bis Ende 2020 habe das Integrationsmanagement 46 Mitarbeitende umfasst. Im Haushaltsplanentwurf und im Stellenplan seien für 2021 und 2022 28 Stellen für diesen Bereich eingestellt. Die Kürzung sei zum einen auf die angespannte Haushaltslage zurückzuführen, zum anderen hätten sich auch die Zahlen verändert, sodass man sich perspektivisch auf einen anderen Weg begeben müsse. Sie sei überzeugt, dass man die Stellenreduktion und damit geminderte Kapazität durch stärkere Vernetzung und besseres Schnittstellenmanagement auffangen könne. Derzeit erarbeite der Bereich Migration und Integration gemeinsam mit dem Personalrat, der Personalverwaltung und dem Dezernat einerseits die soziale Ausgestaltung des Abbaus und andererseits die inhaltliche Neukonzeption. Eine entsprechende Drucksache werde im ersten Quartal 2021 vorgelegt. Zum LIP sei bereits durch Frau Dr. Doering berichtet worden. Corona habe viele Veranstaltungen und persönliche Begegnungen unmöglich gemacht. Beim letzten Treffen der Lenkungsrunde sei man jedoch sehr gut vorangekommen. Dass sich der Zeitplan dennoch etwas verzögert habe, bitte sie zu entschuldigen. Es habe einige Zeit gedauert, alle am Prozess Beteiligten zu befähigen, an den online durchgeführten Veranstaltungen teilzunehmen. Die Online-Umfrage, die den Übergang in die zweite Phase der Überarbeitung des LIP vorbereite, werde im Dezember

gestartet. Der Internationale Ausschuss habe sich in seiner Klausurtagung per Abstimmung auf zwei Titelvorschläge geeinigt. Diese lauteten „Lokaler Interaktionsplan 2.0“ und „Wir sind Hannover – Zusammenleben in der Stadt“. Aufgrund der erneuten Kontaktbeschränkungen starte man mit der Fortsetzung des LIP-Prozesses erst wieder im Januar, dann werde auch das Strategiepapier zur Abstimmung vorgelegt. Im Anschluss könne man mit dem Maßnahmenplan weitermachen. Diese konkrete Planung für verschiedene Bereiche sei der spannende Teil, der im Januar starte. Zum Gesellschaftsfonds Zusammenleben könne sie berichten, dass sich die Projektträger des XII. Ideenwettbewerbes mit dem Schwerpunkt Obdach- und Wohnungslosigkeit am 26.11.2020 zu einem zweiten Vernetzungstreffen getroffen hätten, das coronabedingt digital stattgefunden habe. Ein Großteil der Projekte habe trotz der Coronabeschränkungen die geplanten Aktivitäten durchführen können, wenn auch zum Teil in veränderter Form. In einigen Fällen seien Projektlaufzeiten verlängert und Veranstaltungen verschoben worden, wie beispielweise der Zukunftstag „EU-Zuwanderung – Chancen und Herausforderungen“, der nun in 2021 stattfinde. Durch den Gesellschaftsfonds seien neben Projekten erfahrener Träger auch neue Initiativen gefördert worden, von denen sie einige vorstellen wolle, wie beispielweise die neu gegründete Ombudsstelle für Wohnungs- und Obdachlose des Vereins StidU von Reinhold Fahlbusch. Hervorheben könne man auch das Projekt des Tibetzentrums. Mit einem Lastenfahrrad würden wöchentlich Personen aufgesucht und unterstützt, die in Hannover Mitte auf der Straße lebten. Die Heilsarmee am Marstall habe eine Anlaufstelle für Kinder und Frauen aus dem Rotlichtmilieu geschaffen, wo neben Hausaufgabenhilfe und Freizeitbeschäftigung für die Kinder auch Unterstützung für die Mütter und Familien bei der Wohnungs- und Arbeitssuche angeboten werde. Dies geschehe in enger Kooperation mit anderen Angeboten vor Ort. Schwieriger seien die Projekte umzusetzen gewesen, die eine bessere Vernetzung der Beteiligten und Betroffenen zum Ziel hätten, was sich durch die Coronabeschränkungen erklären lasse. Es sei sehr spannend zu sehen, welche unterschiedlichen Bereiche es gebe und was Menschen sich im Bereich bürgerschaftlichen Engagements einfallen ließen. Die Projektträger des XIII. Ideenwettbewerbes des Gesellschaftsfonds Zusammenleben zum Thema „Jugendbeteiligung am LIP“ starteten derzeit oder demnächst ihre Aktivitäten. Am 30.11. habe ein erstes digitales Austauschtreffen der Projektträger stattgefunden. Hingewiesen werden solle zum Abschluss noch auf das neu gestaltete Zuwendungscontrolling (ZuweCo), das viele neue Abfragemöglichkeiten unter dem Menüpunkt Berichtswesen anbiete.

Ratsfrau Iri dankt Stadträtin Bruns für ihren Bericht und sagt, dass sie sich freue, dass das Thema „Internationales“ nun in die Zuständigkeit des Ausschusses für Integration, Europa und Internationale Kooperation falle. Die Ausschussmitglieder müssten nun überlegen, wie man das Thema mit Leben füllen könne und welche Themenbereiche unter „internationale Kooperation“ fielen. Man solle überlegen, wie man das Thema in der Stadtgesellschaft sichtbar machen könne. Sie schlage vor, dass das Büro für internationale Angelegenheiten im Ausschuss über die Schwerpunkte berichte.

Vorsitzender Bürgermeister Hermann heißt Frau Mletzko vom Büro für internationale Angelegenheiten herzlich im Internationalen Ausschuss willkommen. Er schlage vor, dass man an einem der kommenden Ausschusstermine das Thema auf die Tagesordnung nehme und dass das Büro für internationale Angelegenheiten darstelle, was die Aufgabenbereiche seien.

Ratsfrau Dr. Matz stellt bezüglich des Integrationsmanagements und der Personenanzahl der Stellenreduktion die Frage, ob sie es richtig verstanden habe, dass bislang 46 Personen mit Vollzeitstellen beteiligt gewesen seien und dass es nun nur noch 18 Stellen gebe.

Frau Bruns korrigiert, dass es eine Reduktion auf 28 Stellen gebe.

Bürgermeisterin Kramarek bestätigt, dass es ihr, wie Frau Iri, eine große Freude sei, dass das Thema Internationale Angelegenheiten nun in den Zuständigkeitsbereich des Internationalen Ausschusses falle. Sie werte dies als eine große Aufwertung des Ausschusses, die längst überfällig gewesen sei. Sie sei persönlich immer etwas enttäuscht gewesen, wie stiefmütterlich dieser Ausschuss oft in der äußeren Wahrnehmung behandelt worden sei. Sie freue sich sehr, dass man nun nach außen tragen könne, dass das Thema viel weiter zu fassen sei. Die Ergebnisse der Befragung hinsichtlich einer Spaltung der Gesellschaft und eines zunehmenden Rassismus seien in diesem Kontext sehr gut zu bearbeiten, weil man herausarbeiten könne, wie gut die Internationalität die Wirtschaft vor Ort und damit die Stadtgesellschaft stärke. Wenn dies in der Gesellschaft stärker wahrgenommen werde, erreiche man eine höhere Akzeptanz der Diversität. Sie sei eine große Freundin der städtepartnerschaftlichen Beziehungen Hannovers, die in ihren Augen auch stiefväterlich behandelt worden seien. Dieses Thema brauche eine Stärkung und eine größere Wahrnehmung in der Stadtgesellschaft. Sie finde es bedauerlich, dass in der Pandemiephase hier wenig kooperiert und ausgetauscht worden sei. Sie hätte gerne gewusst, wie es den Partner*innen gehe. Mit der Stadt Changde habe man zu Beginn der Pandemie eine gegenseitige Unterstützung mit Masken verwirklichen können. Aber es sei viel mehr möglich. Die unterzeichneten Kooperationsvereinbarungen gingen weit über sportliche oder kulturelle Aktivitäten hinaus.

Vorsitzender Bürgermeister Hermann weist darauf hin, dass die Städtepartnerschaften federführend vom Kulturausschuss behandelt würden. Dies habe man bei der Umorganisation nicht angefasst.

Ratsherr Klapproth stimmt den Äußerungen von Ratsfrau Iri und Bürgermeisterin Kramarek zu und betont, dass er es begrüße, dass der Internationale Ausschuss durch die neue Zuständigkeit aufgewertet werde. Das Thema Zuordnung der Städtepartnerschaften sei lange kontrovers diskutiert worden. Nach dem Krieg sei dies im Hinblick auf Versöhnung in den Bereichen Kultur und Sport verortet worden, was auch sinnvoll gewesen sei. Inzwischen habe sich dies etwas gewandelt, auch wenn Verständigung und kulturelle Themen nach wie vor eine Rolle spielten. Hinzugekommen seien aber nun wirtschaftliche Aspekte, wie man an der Städtepartnerschaft zu Changde sehen könne. Er sei nach wie vor der Ansicht, dass die Städtepartnerschaften nicht ausschließlich in den Kulturausschuss gehörten, sondern in den Internationalen Ausschuss, der originär dafür da sei. Er sei ein Verfechter für eine Verlegung der Zuständigkeit und bitte die Dezernentin darum, entsprechende Initiativen zu ergreifen.

Es wird applaudiert.

Stadträtin Bruns merkt an, dass sie das Thema Städtepartnerschaften sehr spannend finde, da die wenigsten Bürger*innen in Hannover wüssten, mit wem die Stadt Partnerschaften pflege und wie gut diese funktionierten. Darauf könne man durchaus stolz sein und solle dies auch stärker nach außen kommunizieren. Sie verweise auf die Möglichkeit von gemeinsamen Sitzungen. Auch sie sehe vieles aus dem Bereich der Städtepartnerschaften im Zuständigkeitsbereich des Internationalen Ausschusses, sei jedoch der Meinung, dass es nicht wichtig sei, in welchem Ausschuss ein Thema angesiedelt sei, sondern dass es wichtiger sei, gemeinsam zu handeln und zu kommunizieren. Es gebe die Möglichkeit, die Ausschüsse zusammen tagen zu lassen, wenn es um Städtepartnerschaften gehe. Auf diese Weise könnten alle Perspektiven gehört werden. Diesen Weg könne man relativ schnell beschreiten. Sie werde dies mit Stadträtin Beckedorf vom Kulturdezernat besprechen. Wichtig sei, dass kein Fachwissen verloren gehe.

Vorsitzender Bürgermeister Hermann übergibt die Sitzungsleitung an Ratsfrau

Jeschke, die ihm das Wort erteilt.

Bürgermeister Hermann betont, dass er die gemachten Äußerungen ausdrücklich unterstütze. Er habe in der hannoverschen Partnerstadt Leipzig gesehen, wie der Themenbereich dort in der Verwaltung organisiert sei. Dort gebe es ein stark ausgebautes internationales Büro, das quer über die Bereiche Wirtschaft, Kultur, Städtepartnerschaften und Austausch sowie internationale Kooperation gehe. Dies sei ein gutes Beispiel dafür, wie man die internationalen Beziehungen insgesamt an einer Stelle konzentrieren könne und damit auch schlagkräftiger sei. Bestimmte Förderprogramme beispielsweise der EU könne man damit an einer Stelle bearbeiten. Er wolle als Anregung mitgeben, in den Fraktionen aber auch mit der Verwaltungsspitze darüber zu diskutieren, ob es nicht sinnvoll sei, die gemachten Veränderungen noch auszuweiten und eine schlagkräftige Einheit aufzubauen. Er glaube, man könne bei dem Thema noch sehr viel mehr erreichen, als es bislang der Fall sei.

Bürgermeister Hermann übernimmt wieder den Vorsitz.

Herr Lam lobt Frau Bruns für die gemachten Äußerungen und weist auf die Themen Rassismus, Diskriminierung und Antisemitismus hin. Früher habe der Internationale Ausschuss Migrationsausschuss geheißen. Er habe anlässlich der Umbenennung und Neuausrichtung des Ausschusses damals vorgeschlagen, den Kontakt nach Polen herzustellen, um zu prüfen, ob es möglich sei, als Ausschuss das Konzentrationslager Auschwitz zu besuchen. Im Zusammenhang mit Antisemitismus und Rassismus sei dies wichtig. Er frage, ob es möglich sei, zukünftig als Ausschuss dorthin zu reisen.

Vorsitzender Bürgermeister Hermann weist darauf hin, dass die Ausschusstermine für das Jahr 2021 den Ausschussmitgliedern zugegangen seien.

TOP 7.

Aktuelles

Keine Wortmeldungen

Vorsitzender Bürgermeister Hermann beendet die Sitzung um 18:05 Uhr.

Stadträtin Bruns

Hannig-Schohaus (für das Protokoll)



Anlage 1 Protokoll AlIntegration 2020-12-03 Präsentation_Ergebnisbericht_LIP2.0 Online-Befragung.pdf



Anlage 2 Protokoll AlIntegration 2020-12-03 Fragebogen_DE.pdf



Lokaler Integrationsplan (LIP 2.0):

Ergebnisbericht zur zweiten Online-Umfrage

**Maya Nyagolova, Sachgebiet Integration 50.60
(Drucks. Nr. 2925/2020)**

Ziel:

- Meinungsbild über mögliche Einflussfaktoren auf und Handlungsempfehlungen für das Zusammenleben in der Einwanderungsstadt
- Visionen für die Zukunft der Einwanderungsstadt

Zeitraum:

- Juni – August 2020

Sprachen:

- Deutsch, Englisch, Arabisch, Bulgarisch, Polnisch, Rumänisch, Russisch und Türkisch

Akquise über:

- Webseite des Sachgebiets Integration
- Expert*innengruppen
- Soziale Medien (Instagram und Facebook)
- E-Mail-Verteiler

Fragenblock 1: Aktuelle Lebensbedingungen und gesellschaftliche Entwicklungen in Hannover

Fragenblock 2: Gewünschte Themenschwerpunkte im neuen Lokalen Integrationsplan

Fragenblock 3: Zukunftsvisionen für die Einwanderungsstadt

Fragenblock 4: Fragen zur Person

Fragenblock 5: Zusätzliche Informationen

Teilnehmende insgesamt: 204

Geschlecht: ♀ 73 ♂ 54 ♀ 5

Altersverteilung

56% der Befragten waren über 45 Jahre.

Migrationshintergrund

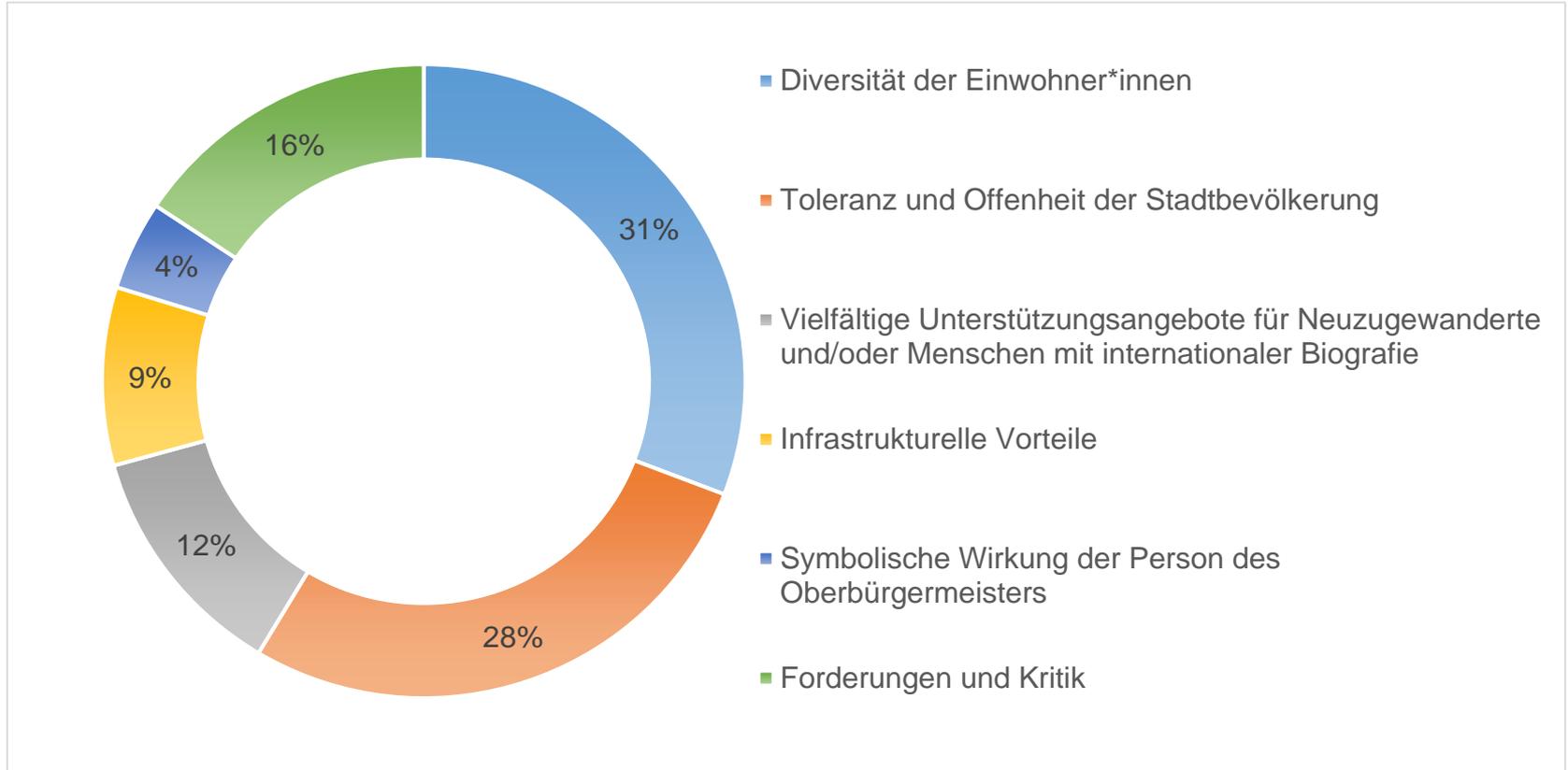
21% der Befragten weisen einen sog. Migrationshintergrund aufgrund von eigener Einwanderung nach Deutschland oder einer familiären Einwanderungsgeschichte von mindestens einem Elternteil auf.

Wohndauer in Hannover

84% der Befragten leben seit über 10 Jahren in Hannover oder wurden hier geboren.

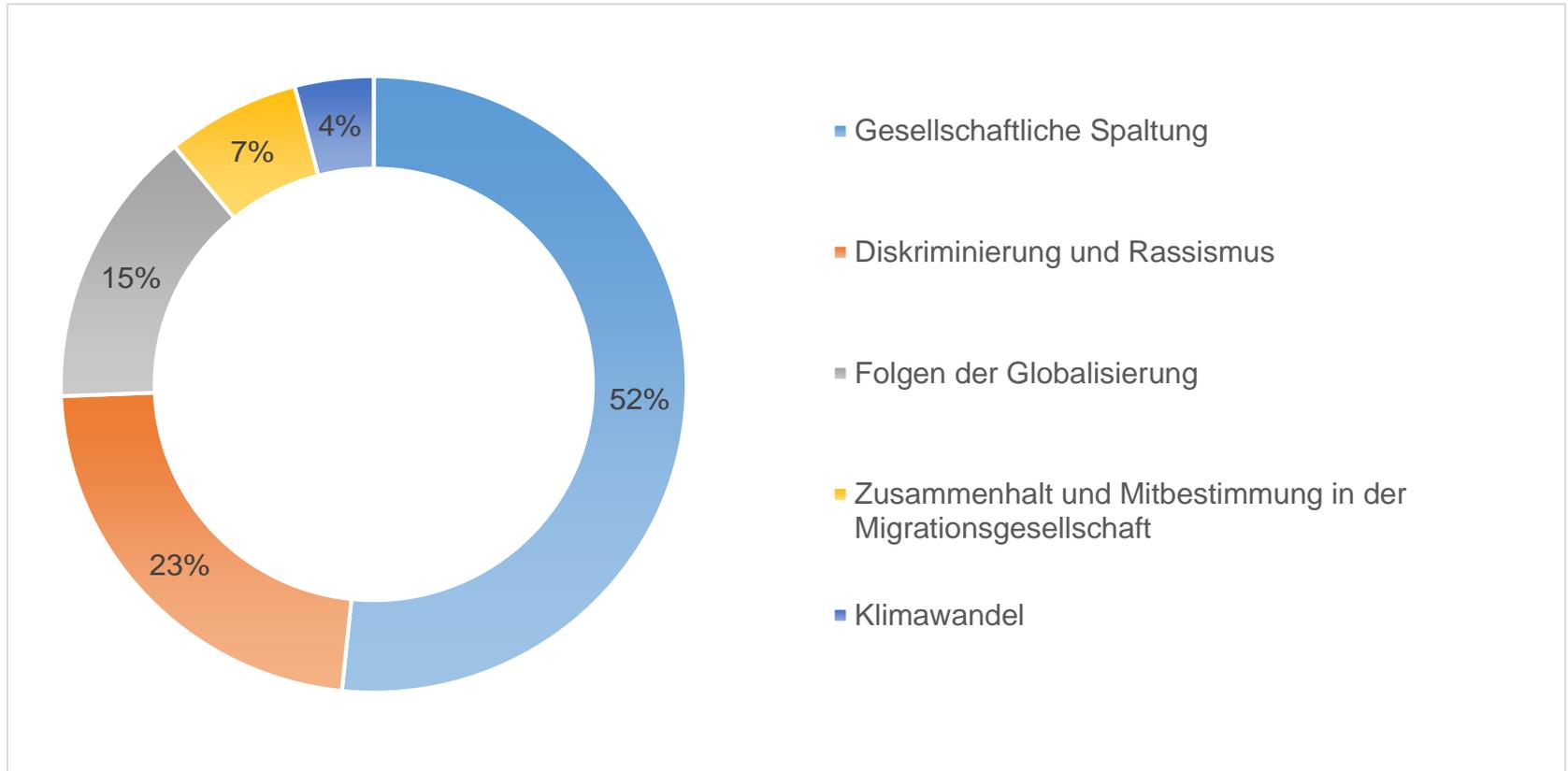
1) Determinanten des Zusammenlebens in Hannover

Was zeichnet Hannover als Einwanderungsstadt aus?



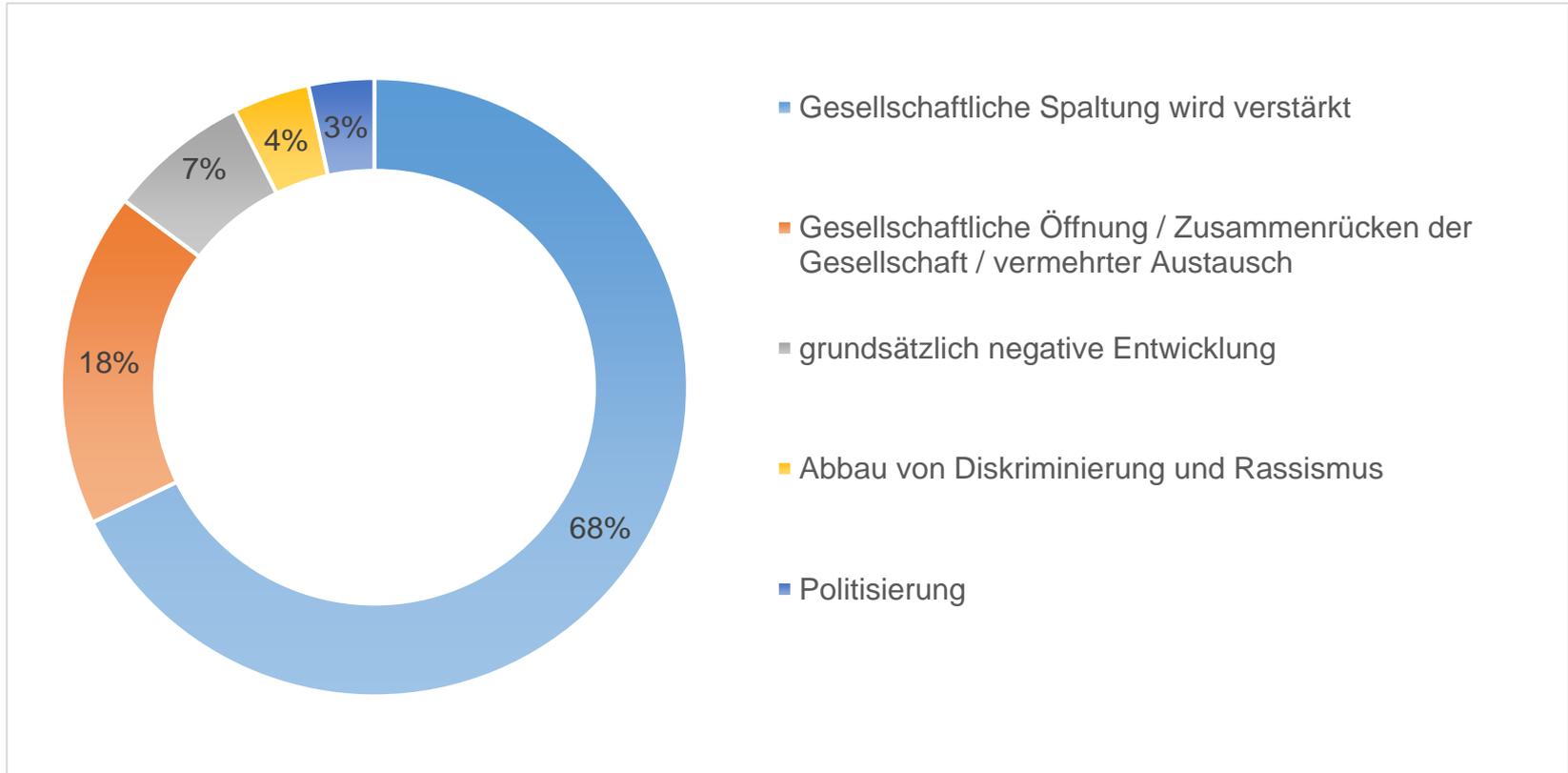
Anzahl der Nennungen = 198

Welche aktuellen Entwicklungen beeinflussen das Zusammenleben in Hannover?



Anzahl der Nennungen = 236

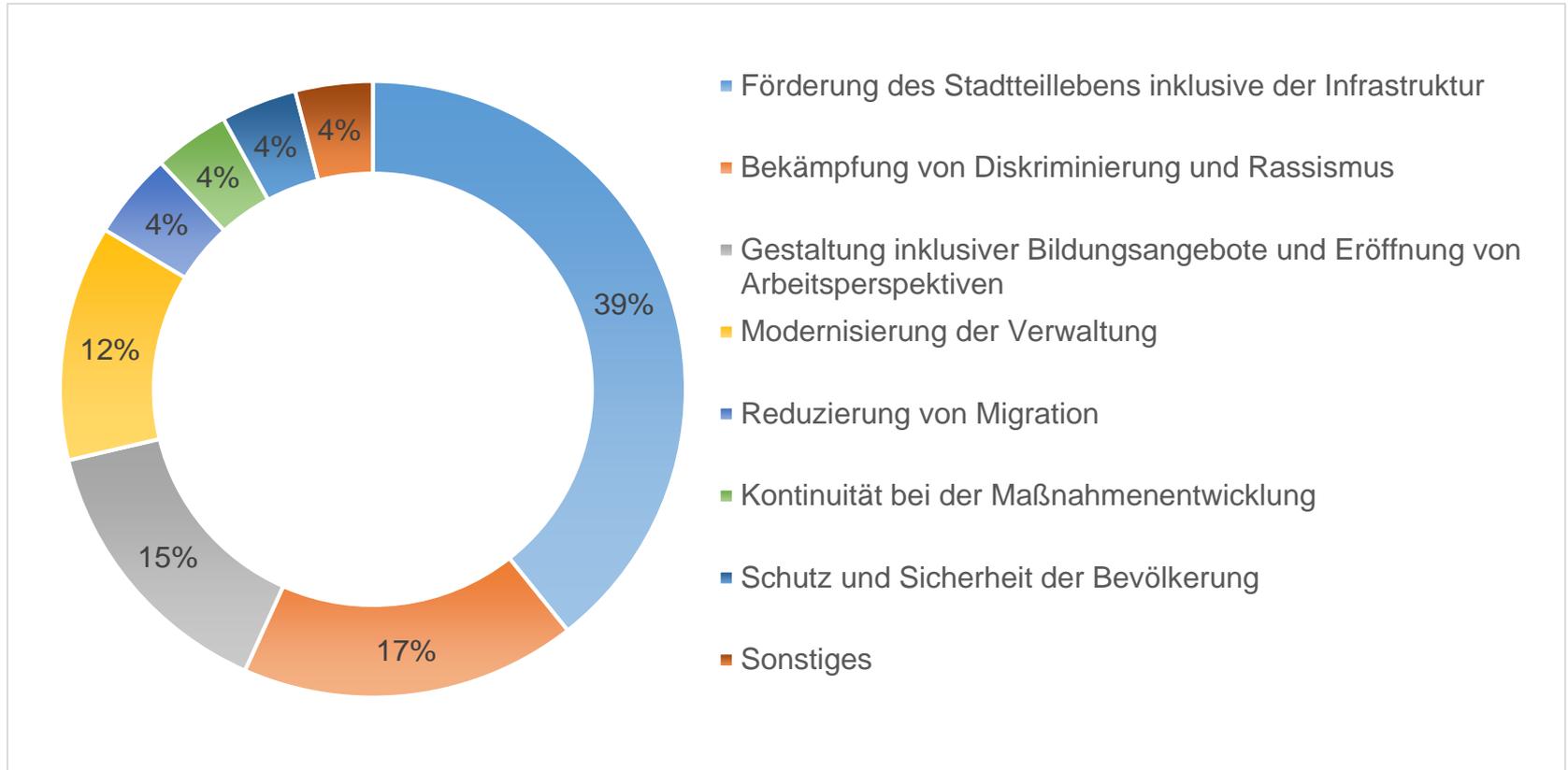
Wie verändern diese Entwicklungen unser Zusammenleben?



Anzahl der Nennungen = 171

2) Handlungsempfehlungen für das gesellschaftliche Zusammenleben

Welche Aufgaben resultieren aus den im vorherigen Fragenblock genannten Entwicklungen und sollten im LIP 2.0 behandelt werden?



Anzahl der Nennungen = 178

Bitte benennen Sie konkrete Beispiele für solche Aufgaben im Handlungsfeld Bildung

Nr.	Aufgabenbereiche im Handlungsfeld Bildung	Anzahl	Anteil in %
1	Schulbildung	86	64 %
	Förderung des Spracherwerbs in Deutsch	16	
	Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche mit internationaler Biografie fördern	14	
	Mehr Unterstützungsangebote / Ausbau Ganztagesangebote	14	
	Fokus auf Schulbildung allgemein	12	
	Förderung der Mehrsprachigkeit in Schulen	6	
	Verbesserung der Ausstattung und Aufstockung der personellen und finanziellen Ressourcen	5	
2	Informelle Bildung	30	22 %
	Politische Bildung stärken	14	
	Niederschwellige Sprach- und Integrationskurse	9	
3	Digitalisierung	5	4 %
4	Mehr Kita-Plätze	3	2 %
5	Hochschulen	3	2 %
6	Ausbildung und Berufsqualifikationen	2	1 %
7	Sonstiges	5	4 %

Bitte benennen Sie konkrete Beispiele für solche Aufgaben im Handlungsfeld Wirtschaft

Nr.	Aufgabenbereiche im Handlungsfeld Wirtschaft	Anzahl	Anteil in %
1	Qualifizierung, Arbeitsvermittlung und berufliche Weiterbildung	41	39 %
	Förderung und stärkere Begleitung von Ausbildung	13	
	Niederschwelligen Arbeitseinstieg ermöglichen	12	
	Anerkennung von Qualifikationen und bestehenden Praxiserfahrungen	7	
	Schaffung von Anreizen für Unternehmen, Menschen mit internationaler Biografie auszubilden und einzustellen	5	
2	Existenzgründung und Arbeitssicherung	32	30 %
	Mehr Beratungsangebote für Existenzgründungen insbesondere für die Zielgruppe „Neueingewanderte“	15	
	Faire Entlohnung und Arbeitsbedingungen	6	
	Förderung des sozialen Wohnungsbaus	5	
3	Stärkung lokaler Unternehmen (klein und mittelständisch)	16	15 %
4	Abbau von Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt	8	8 %
5	Sonstiges	8	8 %

Anzahl der Nennungen = 105

Bitte benennen Sie konkrete Beispiele für solche Aufgaben im Handlungsfeld Soziales

Nr.	Aufgabenbereiche im Handlungsfeld Soziales	Anzahl	Anteil in %
1	Förderung des Zusammenlebens im Stadtteil	30	29 %
2	Sicherung der Lebensqualität	30	29 %
	Sicherung von bezahlbarem Wohnraum	13	
	Unterstützung von Menschen, die von Armut bedroht sind	9	
3	Verbesserung der internen Verwaltungsstrukturen und -prozesse	16	16 %
	Bedarfsgerechte Förderung für alle unabhängig vom Migrationshintergrund	6	
	Ausbau personeller Ressourcen	6	
4	Entwicklung bedarfsorientierter Maßnahmen für spezifische Zielgruppen (Frauen, Mädchen, Jugendliche, Geflüchtete, Familien, Menschen mit Rassismuserfahrungen)	15	15 %
5	Ausbau der Beratungsangebote (quantitativ und qualitativ)	11	11 %

Anzahl der Nennungen = 102

Bitte benennen Sie konkrete Beispiele für solche Aufgaben im Handlungsfeld Stadtleben und Kultur

Nr.	Aufgabenbereiche im Handlungsfeld Stadtleben und Kultur	Anzahl	Anteil in %
1	Förderung der Stadtteilkultur	49	54 %
	Mehr Veranstaltungen und Möglichkeiten zum interkulturellen Austausch	20	
	Niederschwellige Angebote im Stadtteil	12	
	Mehr Orte und Räumlichkeiten für Kulturschaffende	9	
2	Öffnung der Zugänge zu Kulturangeboten für alle	23	26 %
	Zugänge zu kulturellen Angeboten für sozial benachteiligte und marginalisierte Gruppen ermöglichen	9	
	Förderung von Kulturschaffenden mit internationaler Biografie	8	
	Beteiligung der Einwohner*innen	6	
3	Verbesserung der städtischen Mobilität und Infrastruktur	10	11 %
	Öffentlicher Nahverkehr verbessern / Konzept zur autofreien Stadt umsetzen / Radwegenetz ausbauen	5	
	Infrastruktur verbessern (bzgl. öffentliche Plätze, Sicherheit, Sauberkeit, Sport und Wohnen)	5	
4	Mehr politische und kulturelle Bildung	8	9 %

Anzahl der Nennungen = 90

Bitte benennen Sie konkrete Beispiele für solche Aufgaben im Handlungsfeld Demokratie

Nr.	Aufgabenbereiche im Handlungsfeld Demokratie*	Anzahl	Anteil in %
1	Ermöglichung der politischen Teilhabe für alle und Stärkung der Repräsentation von Menschen mit internationaler Biografie in politischen Gremien	40	43 %
	Förderung von öffentlichen Debatten / Initiierung von Bürgerforen und Bürgerräten	18	
	Wahlrecht auf alle Menschen in der Stadt ausweiten	13	
	Besetzung politischer Gremien mit Menschen mit internationaler Biografie	9	
2	Aufklärungsarbeit durch Demokratiebildung	31	33 %
	Aufklärungsarbeit und politische Bildung Interesse für Beteiligung an politischen Gremien wecken	25 6	
3	Abbau von Diskriminierung, Rassismus und rechter Gewalt	13	14 %
4	Sonstiges	9	10 %

Anzahl der Nennungen = 93

Bitte benennen Sie konkrete Beispiele für solche Aufgaben im Handlungsfeld Stadtverwaltung und Interkulturelle Öffnung

Nr.	Aufgabenbereiche im Handlungsfeld Stadtverwaltung und interkulturelle Öffnung	Anzahl	Anteil in %
1	Modernisierung der Verwaltung	38	41 %
	Transparenz über Ansprechpartner*innen und Zuständigkeiten und kürzere Entscheidungswege	15	
	Kommunikation auf die Bedürfnisse einer vielfältigen Stadtgesellschaft ausrichten, insbesondere durch mehrsprachigen Service und Kommunikation in einfacher Sprache	11	
	Kunden- und Serviceorientierung erhöhen	7	
	Gleichbehandlung aller Einwohner*innen und nicht nur in Bezug auf migrationsbedingte Vielfalt	5	
2	Erhöhung der Repräsentation von Menschen mit internationaler Biografie in der Verwaltung	27	29 %
	Einstellung von mehr Mitarbeiter*innen mit internationaler Biografie	18	
	Beförderung von mehr Mitarbeiter*innen mit internationaler Biografie in höhere Gehaltsstufen und Führungspositionen	7	
3	Regelmäßige verpflichtende Mitarbeiterschulungen zur Erhöhung der interkulturellen Kompetenz und Sensibilisierung für Diskriminierung und Rassismus	15	16 %
4	Sonstiges	13	14 %

Anzahl der Nennungen = 80



Weitere Aspekte, die unbedingt im LIP 2.0 noch behandelt werden sollten? – TEIL 1

Nr.	Welche weiteren Aspekte, ..., sollten unbedingt im LIP 2.0 noch behandelt werden?	Anzahl	Anteil in %	Thema wird im Strategiepapier behandelt?
1	Querschnittsthemen	13	19 %	
	Kinder und Jugendliche als Querschnittsthema	2		<input checked="" type="checkbox"/>
	Verteilungsgerechtigkeit	1		<input checked="" type="checkbox"/>
	Gender- und Diversity Aspekte	1		<input checked="" type="checkbox"/>
	Überwindung von strukturellem und institutionellem Rassismus	4		<input checked="" type="checkbox"/>
	Sensibilisierung zum Umgang mit migrationsbedingter Heterogenität	4		<input checked="" type="checkbox"/>
	Aufklärung über Rechtspopulismus	1		<input checked="" type="checkbox"/>
2	Handlungsfelder	36	52 %	
	Sprache und Mehrsprachigkeit (Bildung)	2		<input checked="" type="checkbox"/>
	Gerechter Zugang zu Ausbildungsstellen, Studiengängen, Berufen (Bildung)	1		<input checked="" type="checkbox"/>
	Beschäftigungsförderung (Wirtschaft)	1		<input checked="" type="checkbox"/>
	Veranstaltungen zur Stärkung des interkulturellen Austausches (Stadtleben und Kultur)	3		<input checked="" type="checkbox"/>
	Interreligiöser Dialog (Stadtleben und Kultur)	2		<input checked="" type="checkbox"/>
	Sicherheit im öffentlichen Raum (Demokratie)	3		<input checked="" type="checkbox"/>

Anzahl der Nennungen = 69

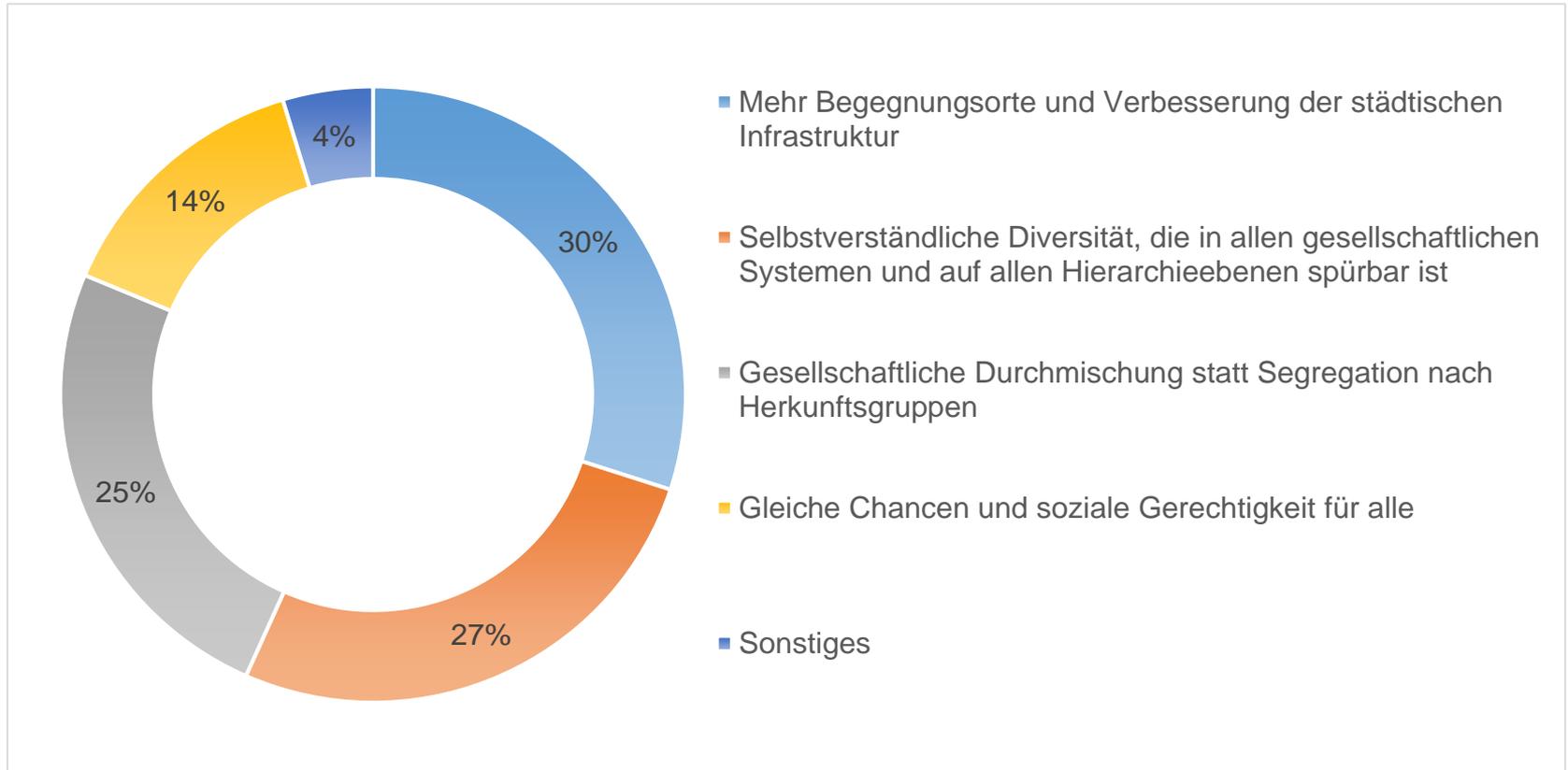


Weitere Aspekte, die unbedingt im LIP 2.0 noch behandelt werden sollten? – TEIL 2

Nr.	Welche weiteren Aspekte, ..., sollten unbedingt im LIP 2.0 noch behandelt werden?	Anzahl	Anteil in %	Thema wird im Strategiepapier behandelt?
	Verbesserung der städtischen Infrastruktur & Lebensqualität (Soziales)	5		<input checked="" type="checkbox"/>
	mehr niederschwellige Angebote im Stadtteil für Migrant*innen inkl. psychologische Beratung (Soziales)	2		<input checked="" type="checkbox"/>
	Gesundheit (Soziales)	1		<input checked="" type="checkbox"/>
	Maßnahmen für Geflüchtete (Soziales)	3		<input checked="" type="checkbox"/>
	Maßnahmen für Papierlose (Soziales)	1		<input checked="" type="checkbox"/>
	Verbesserung der Servicequalität (Stadtverwaltung und IKÖ)	4		<input checked="" type="checkbox"/>
	Interkulturelle Öffnung (Stadtverwaltung und IKÖ)	2		<input checked="" type="checkbox"/>
	Umwelt	3		
	Mobilität	1		
	Digitalisierung	2		
3	Vorschläge für den LIP-Prozess	12	17 %	
	Systemisch denken	2		<input checked="" type="checkbox"/>
	paritätische Teambesetzung	1		<input checked="" type="checkbox"/>
	Beteiligung der breiten Öffentlichkeit inklusive migrantischer Communities	6		<input checked="" type="checkbox"/>
	Bei der Formulierung von Maßnahmen das Prinzip des Förderns und Forderns anwenden	2		
	Möglichkeit, Vorhaben im Prozess zu ändern	1		<input checked="" type="checkbox"/>
4	Sonstiges	8	12 %	

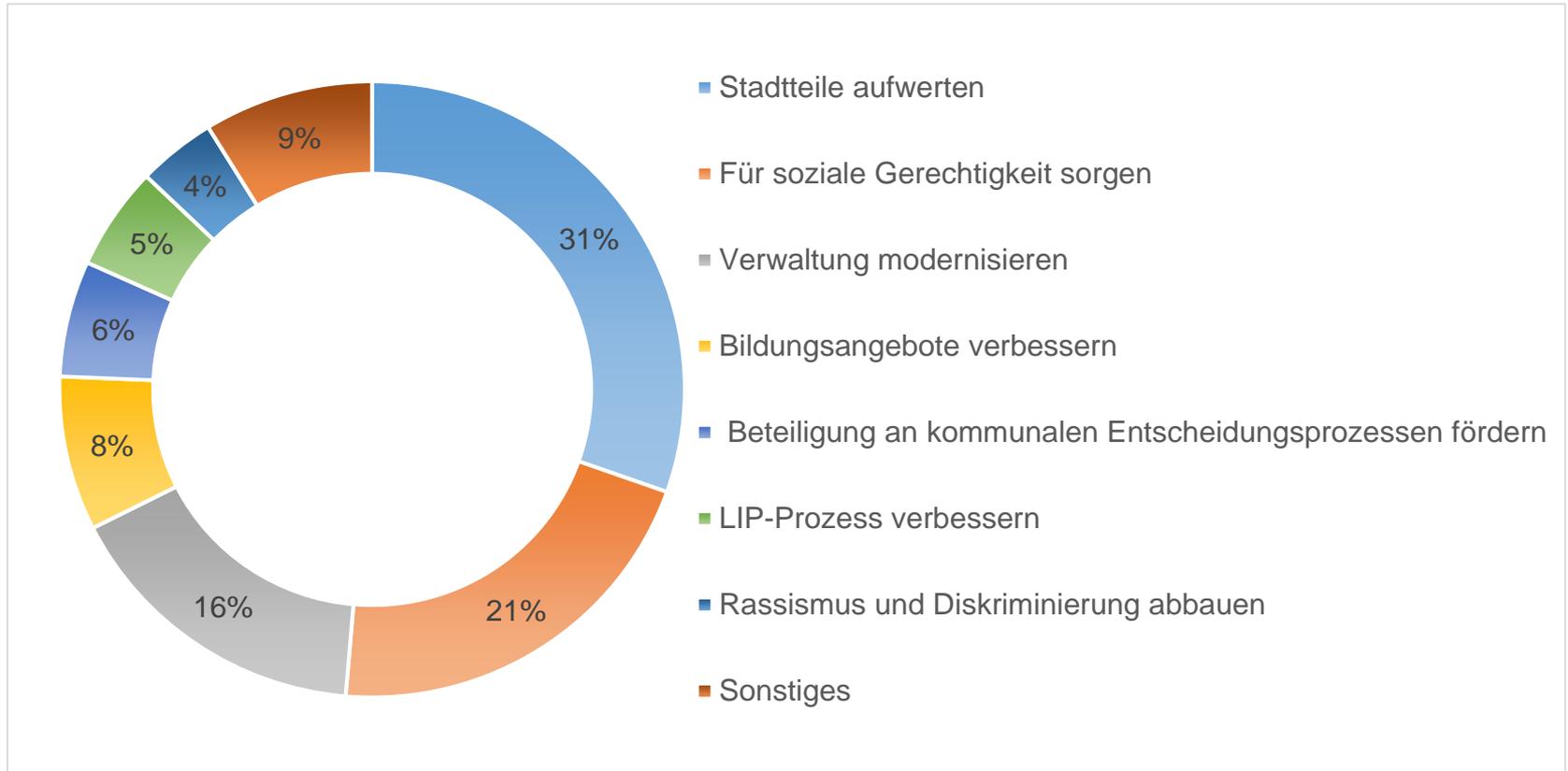
3) Visionen für die Zukunft

Wie stellen Sie sich Hannover in Zukunft vor? Bitte geben Sie ein paar Beispiele.



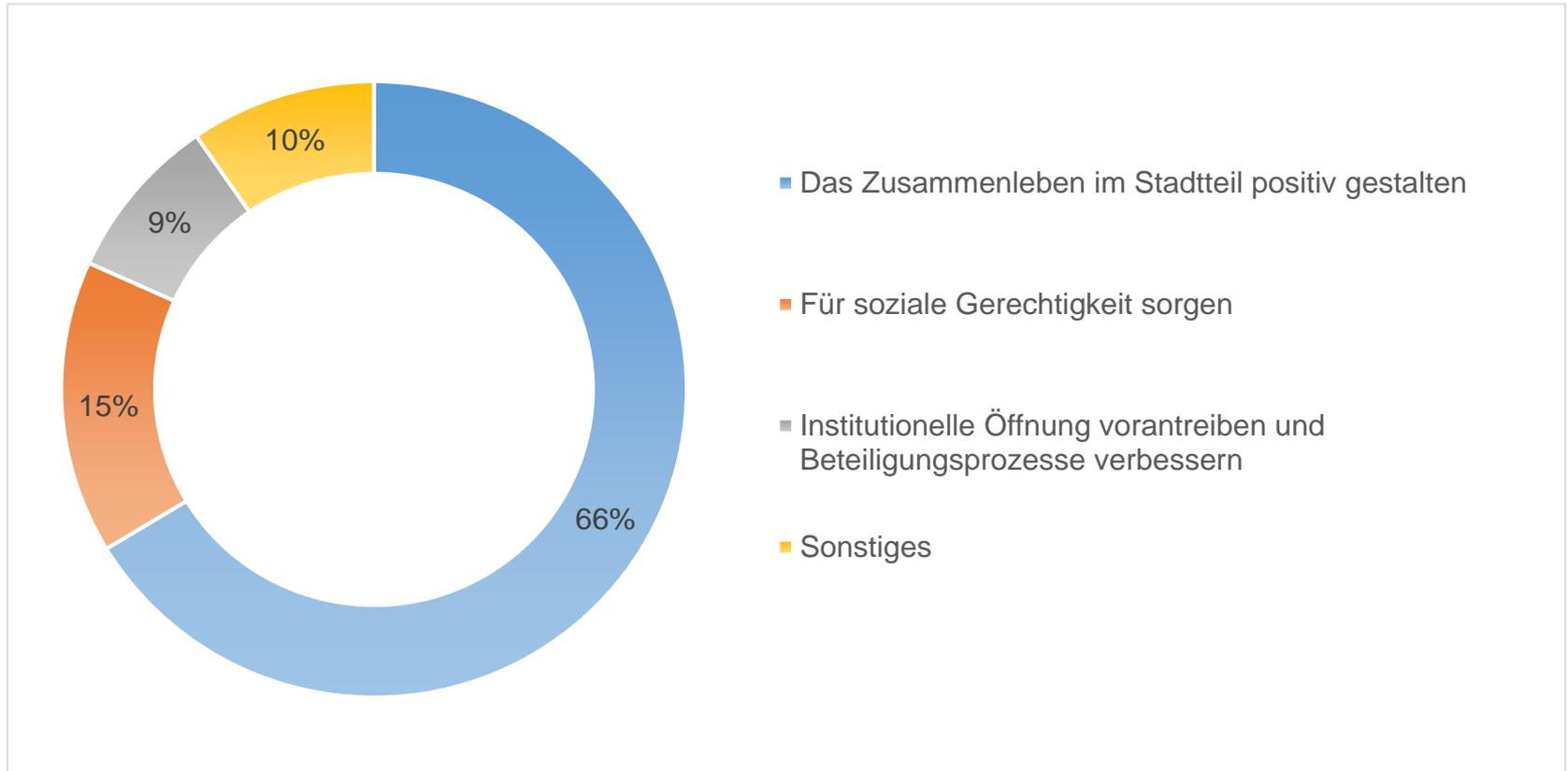
Anzahl der Nennungen = 150

Wenn Sie die Entscheidungsmacht hätten, was würden Sie in der Stadt verändern?



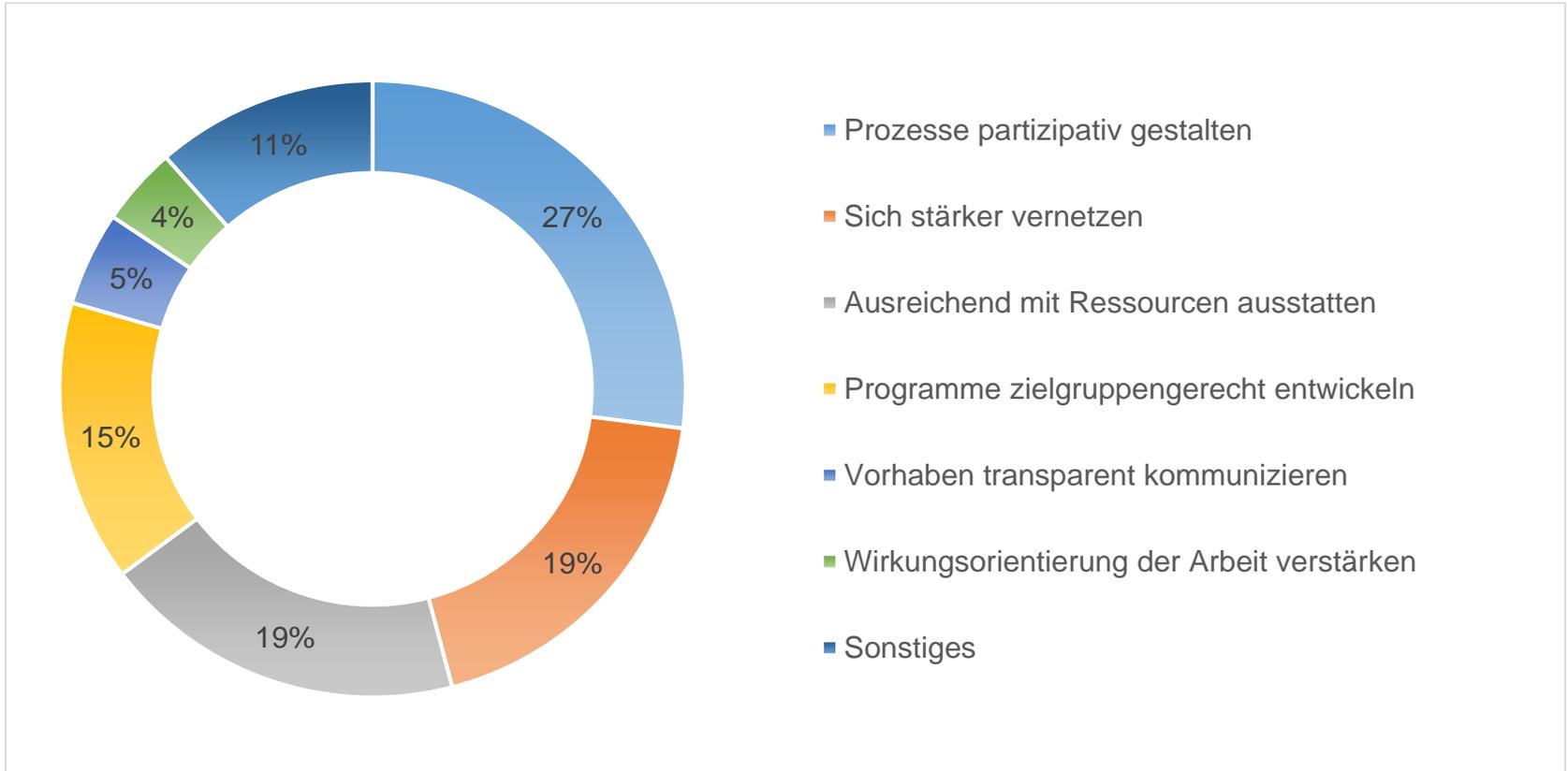
Anzahl der Nennungen = 149

Was würden Sie in Ihrem eigenen Umfeld verändern? Welche Voraussetzungen sind Ihrer Meinung nach notwendig für ein gelungenes Engagement?



Anzahl der Nennungen = 104

Wie können verschiedene gesellschaftliche Akteure (Initiativen, Vereine, Stadtverwaltung etc.) die Verwirklichung dieser Vision(en) vorantreiben?



Anzahl der Nennungen = 122

Vielen Dank!

Visionen für ein friedliches Zusammenleben in Hannover

Zweite Umfrage zum Lokalen Integrationsplan 2.0

Liebe Hannoveraner*innen,

Hannover gibt sich einen neuen Lokalen Integrationsplan (LIP 2.0), mit dem sich die Landeshauptstadt erneut als eine Einwanderungsstadt^[1] bekennt, in der Menschen verschiedener Herkunft friedlich und frei von Diskriminierung miteinander zusammenleben.

Der Lokale Integrationsplan wird aus einem Strategiepapier und einem Katalog mit konkreten Handlungsempfehlungen für die Stadtverwaltung bestehen.

Aktuell arbeiten wir am Strategiepapier und möchten dort die Grundsätze des sozialen Zusammenhalts in unserer Stadt festhalten.

Damit diese Strategie von allen Menschen in Hannover geteilt wird, ist eine breite öffentliche Beteiligung nur konsequent. Deswegen haben wir bereits eine erste Umfrage durchgeführt, in der wir nach Ihrer Meinung zu Begrifflichkeiten und möglichen Handlungsfelder für den neuen Lokalen Integrationsplan gefragt haben.

Nun möchten wir den Fragen nachgehen, **welche aktuellen Themen beziehungsweise gesellschaftliche Prozesse im neuen Integrationsplan näher behandelt werden sollen und welche Vision(en) für ein friedliches Zusammenleben wir alle als Hannoveraner*innen teilen.**

All diese Fragen haben einen direkten Bezug auf die Inhalte des Strategiepapiers. Ihre Antworten werden von uns ausgewertet und fließen in die Erarbeitung des Strategiepapiers ein.

Bitte nehmen Sie sich deswegen einen kurzen Moment Zeit und beantworten Sie die nachfolgenden Fragen möglichst vollständig. Denken Sie dabei an Hannover als eine Stadt, die schon seit Jahrhunderten von Einwanderung geprägt ist.

Ihre Antworten werden anonym und vertraulich behandelt.

Durch Ihre Teilnahme tragen Sie direkt dazu bei, eine Strategie zu entwickeln, die auf die realen Bedürfnisse einer heterogenen Stadtgesellschaft zugeschnitten ist. Machen Sie mit und tragen Sie dazu bei, Hannover noch lebenswerter für alle hier lebenden Menschen zu machen!

Vielen Dank!

Das Projektteam des Lokalen Integrationsplans 2.0

^[1] Die in der Umfrage verwendeten Begriffe „Einwanderungsstadt / Einwanderungsgesellschaft“ werden wie folgt definiert:

Einwanderungsgesellschaft beschreibt Deutschland als Einwanderungsland: Die Menschen kommen, um dauerhaft hier zu leben. Sie werden und sind Teil der Bevölkerung. Im Gegensatz dazu betont die Bezeichnung "Zuwanderungsgesellschaft" die temporäre Dauer des Zuzugs.

In diesem Sinne bezieht sich die Bezeichnung „**Einwanderungsstadt Hannover**“ einerseits konkret auf das Zusammenleben und die Interaktion der Menschen, die bereits in Hannover leben und andererseits auf die Interaktion von Menschen, die aus einem anderen Land kommen und dauerhaft in der Stadt bleiben wollen.

Aktuelle Lebensbedingungen und gesellschaftliche Entwicklungen in Hannover

In diesem Fragenblock interessiert uns Ihre Meinung über aktuelle gesellschaftlichen Entwicklungen, die unser Zusammenleben in der Stadt beeinflussen. Bitte beantworten Sie die folgenden Fragen und beachten Sie dabei die von uns verwendete Definition der Begriffe „Einwanderungsstadt / Einwanderungsgesellschaft“ auf der Startseite.

1 Was zeichnet Hannover als Einwanderungsstadt aus?

Bitte geben Sie Ihre Antwort hier ein:

2 Welche aktuellen Entwicklungen (soziale, politische, gesellschaftliche, demographische etc.) beeinflussen unser Zusammenleben in Hannover?

3 Wie verändern diese Entwicklungen unser Zusammenleben?

Gewünschte Themenschwerpunkte im neuen Lokalen Integrationsplan

In diesem Fragenblock interessiert uns, welche von Ihnen bereits genannten Themen im neuen LIP stärker fokussiert werden sollten.

4 Welche Aufgaben resultieren aus den im vorherigen Fragenblock genannten Entwicklungen und sollten im LIP 2.0 behandelt werden?

5 Bitte benennen Sie konkrete Beispiele für solche Aufgaben je nach Handlungsfeld.

Handlungsfeld Bildung

Handlungsfeld Wirtschaft

Handlungsfeld Soziales

Handlungsfeld Stadtleben und Kultur

Handlungsfeld Demokratie

Handlungsfeld Stadtverwaltung und interkulturelle Öffnung

Lassen Sie die Handlungsfelder frei, für die Ihnen keine Beispiele einfallen.

6 Welche weiteren Aspekte, die keinem der oben genannten Handlungsfelder zugeordnet werden können, sollten unbedingt im LIP 2.0 noch behandelt werden?

7 Was würden Sie den Expert*innen in den Arbeitsgruppen für die Erstellung des LIP 2.0 raten, wie der neue Lokale Integrationsplan heißen soll? Schlagen Sie bitte einen passenden Titel vor!

Zukunftsvisionen zur Einwanderungsstadt

In diesem Fragenblock interessiert uns, welche Zukunftsvision(en) Sie von Hannover als Einwanderungsstadt haben.

8 Wie stellen Sie sich Hannover in Zukunft vor? Bitte geben Sie ein paar Beispiele.

9 Wenn Sie die Entscheidungsmacht hätten, was würden Sie in der Stadt verändern?

10 Was würden Sie in Ihrem eigenen Umfeld verändern? Welche Voraussetzungen sind Ihrer Meinung nach notwendig für ein gelungenes Engagement?

11 Wie können verschiedene gesellschaftliche Akteure (Initiativen, Vereine, Stadtverwaltung etc.) die Verwirklichung dieser Vision(en) vorantreiben?

Fragen zur Person

Zu guter Letzt haben wir noch ein paar Fragen zu Ihrer Person. Diese helfen uns später, die Antworten differenzierter auszuwerten.

12 Bitte geben Sie Ihr Geschlecht an.

Bitte wählen Sie eine der folgenden Antworten:

- weiblich
- männlich
- divers

13 Zu welcher Altersgruppe gehören Sie?

- unter 18 Jahre
- 19 bis 27 Jahre
- 28 bis 45 Jahre
- 46 bis 65 Jahre
- über 65

14 Bitte geben Sie Ihre PLZ an.

15 Sind Sie in Deutschland geboren?

- Ja
- Nein

16 In welchem Land sind Sie geboren?

- In...
- dazu möchte ich keine Angabe machen

Bitte notieren Sie Ihre Antwort ins Kommentarfeld ein.

17 Ist mindestens ein Elternteil von Ihnen nicht in Deutschland geboren?

- ein oder beide Eltern sind nicht in Deutschland geboren
- beide Eltern sind in Deutschland geboren
- dazu möchte ich keine Angabe machen

18 Wie lange leben Sie in Hannover?

- weniger als 1 Jahr
- 1 bis 5 Jahre
- 6 bis 10 Jahre
- über 10 Jahre
- Ich bin in Hannover geboren.

19 Wie lange leben Sie schon in Deutschland?

- weniger als 1 Jahr
- zwischen 1 und 5 Jahre
- zwischen 6 und 10 Jahre
- über 10 Jahre

Zusätzliche Informationen

20 Wie sind Sie auf die Umfrage aufmerksam geworden?

21 Haben Sie bereits an der ersten Umfrage zum Lokalen Integrationsplan teilgenommen?

- Ja / Nein

Geschafft!

Vielen Dank, dass Sie sich die Zeit genommen haben, an der Umfrage teilzunehmen!

Die Ergebnisse dieser Umfrage werden in unseren Arbeitsgruppen zur Erstellung des Lokalen Integrationsplans 2.0 berücksichtigt und fließen somit in die Erstellung eines Strategiepapiers ein.

Eine Zusammenfassung der Ergebnisse finden Sie kurz nach Ablauf der Umfrage auf unserer Webseite unter...

Dort finden Sie auch alle aktuellen Informationen über unsere Arbeit am neuen Lokalen Integrationsplan.

Bitte teilen Sie den Link zur Umfrage mit allen Menschen, die etwas zum neuen LIP 2.0 beitragen möchten.

Herzlichen Dank für Ihre Teilnahme!

Ihr Projektteam des Lokalen Integrationsplans 2.0

Landeshauptstadt



Hannover

Beschluss-
drucksache

b

In den Stadtbezirksrat Mitte
In den Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und
Liegenschaftsangelegenheiten
In den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss
In den Sozialausschuss
In den Gleichstellungsausschuss
In den Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen
In den Kulturausschuss
In den Ausschuss für Integration, Europa und
Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss)
In den Ausschuss für Haushalt Finanzen und
Rechnungsprüfung
In den Verwaltungsausschuss
In die Ratsversammlung

1. Neufassung
Nr. 1995/2020 N1
Anzahl der Anlagen 0
Zu TOP

Gremienlauf ergänzt.

Integriertes Konzept zur Entwicklung einer zukunftsfähigen, resilienten Innenstadt

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, vor dem Hintergrund des sich schon vor geraumer Zeit andeutenden, durch Corona aber deutlich hervortretenden Strukturwandels in der Innenstadt, ein integriertes Konzept zur Entwicklung einer zukunftsfähigen, resilienten Innenstadt unter Berücksichtigung der bestehenden Beschlusslagen des Rates und der mittel- und langfristigen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf alle Facetten der Gesellschaft zu erarbeiten und dem Rat zur Abstimmung vorzulegen. Dafür werden Haushaltsmittel von insgesamt 400.000 € bereitgestellt. Hierbei sind insbesondere der (Einzel-)Handel, die Gastronomie, aber auch Kulturangebote, Aufenthaltsqualität und Grünflächen, Wohnen und Arbeiten sowie Freizeit als wesentliche Nutzungen in den Blick zu nehmen. Klimaschutz, eine notwendige Mobilitätswende, sowie Belange der Teilhabe aller Menschen sind besonders zu berücksichtigen.
2. Im ersten Schritt ist dafür ein Beteiligungsverfahren unter Einbindung der unterschiedlichen Interessen- und Nutzer*innengruppen und der Stadtgesellschaft zu konzeptionieren und bis zum Sommer 2021 durchzuführen, die sich aus dem Strukturwandel ergebenden Veränderungsbedürfnisse sind in diesem Beteiligungsprozess herauszuarbeiten. Die wesentlichen Ergebnisse sind in einer Informationsdrucksache den politischen Gremien vorzulegen und zur Diskussion zu

stellen.

3. Vor dem Hintergrund der Tragweite des zu erstellenden Innenstadtkonzeptes wird die Verwaltung beauftragt, ein Meinungsbild der Stadtbevölkerung zu den im Beteiligungsprozess aufgeworfenen Fragen und Positionen zur Entwicklung der Innenstadt im Rahmen der geplanten Repräsentativerhebung im Sommer 2021 zu erfragen.

Mit den Ergebnissen des Beteiligungsprozesses und der Repräsentativerhebung werden dann unter Würdigung der öffentlichen Diskussion ab Herbst 2021 die nächsten Schritte für eine zukunftsfähige Innenstadt eingeleitet.

4. Während des gesamten Prozesses soll die Möglichkeit bestehen, Maßnahmen, die im Beteiligungsverfahren vorgeschlagen werden (z.B. im Bereich Mobilität), begleitend umzusetzen, um ihre Auswirkungen zu testen und die Resultate in weiteren Schritten zu berücksichtigen.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten

Das beschriebene Konzept richtet sich an die Stadtgesellschaft in all ihren Ausprägungen. Es sind alle Geschlechter gleichermaßen berücksichtigt. Vor Ort werden Dialog- und Beteiligungsformate unter Berücksichtigung der individuellen Bedürfnisse weitestgehend angepasst und ein geschlechtergerechter Einsatz der Ressourcen vorgenommen.

Kostentabelle

Darstellung der zu erwartenden finanziellen Auswirkungen in Euro:

Teilfinanzhaushalt 23 - Investitionstätigkeit Investitionsmaßnahme I.57102

Einzahlungen	Auszahlungen	
	Saldo Investitionstätigkeit	0,00

Teilergebnishaushalt 23 und 61

Angaben pro Jahr

Produkt 57102 Wirtschaftsförderung und 51101 Städtebauliche Planung

Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	
	Sonstige ordentliche Aufwendungen	400.000,00
	Saldo ordentliches Ergebnis	-400.000,00

200.000 € stehen aus überplanmäßigen Mitteln im Teilhaushalt 23 nach der Regelung des § 7 der Haushaltssatzung vorbehaltlich des Beschlusses dieser Drucksache zur Verfügung.

Weitere 100.000 € werden aus dem Teilhaushalt 23 (Produkt „Wirtschaftsförderung“) jeweils 50.000 € aus den Ansätzen des Jahres 2020 sowie 50.000 € aus denen des Jahres 2021 bereitgestellt. Aus dem Teilhaushalt 61 (Produkt „Städtebauliche Planung“) werden außerdem ebenfalls jeweils 50.000 € aus den Ansätzen des Jahres 2020 sowie aus denen des Jahres 2021 bereitgestellt.

Begründung des Antrages:

Ziel:

Hannover geht in die Offensive, um die Innenstadt von morgen zu gestalten. Das Stadtzentrum soll in seiner Gesamtheit aufgewertet, nachhaltig attraktiver und damit lebenswerter werden. Ziel ist es, dazu ein integriertes Konzept zur Entwicklung einer zukunftsfähigen, resilienten Innenstadt Hannovers zu erarbeiten. Es geht darum, die nachhaltige Transformation der Innenstadt zu sichern und den sich ändernden Anforderungen der Gesellschaft gerecht zu werden. Alle Planungen für die Innenstadt müssen noch stärker die künftigen ökonomischen, gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Anforderungen der Stadtgesellschaft und der einzelnen Nutzer*innengruppen an die Innenstadt berücksichtigen und auf deren Vorstellungen eingehen.

Ausgangslage:

Die Innenstadt Hannovers hat lokal, regional und überregional eine immense Bedeutung. Sie gehört zu den Top-Einkaufszeilen im Norden. Sie ist der zentrale Versorgungsbereich - u. a. mit Handel, Gastronomie, Versicherungen, Banken, Gesundheit, Kulturangeboten - für die Menschen in Hannover und weit über die Region hinaus. Seit jeher hat der Handel in der City eine herausragende Rolle, eine sogenannte „Leitfunktion“ inne. Er ist laut der städtischen Repräsentativerhebung von 2019 und der Passanten-Befragung „Vitale Innenstädte 2018“ aktuell der Hauptgrund für den Besuch der Innenstadt. Damit einher gehen die entsprechenden Bedeutungen von

Aufenthaltsqualität, Angebotsvielfalt im Handel, Gastronomie, Kultur und Tourismus. Eine herausgehobene Funktion hat die Innenstadt auch als Arbeits- und Wohnort. Der Stadtbezirk Mitte ist bereits heute ein lebendiger Wohn- und Lebensort für mehr als 36.000 Einwohner*innen, den es deutlich zu stärken gilt.

Gleichzeitig zieht die Innenstadt unterschiedliche Menschen an – solche, die hier in ihrer Freizeit „etwas erleben wollen“, Menschen ohne Obdach, Bewohner*innen, Sexarbeiter*innen und weitere Gruppen mehr. Die zentrale Lage bietet sich an als optimaler Ort für Nutzungen wie z. B. Kundgebungen, aber auch für unerwünschte Nutzungen wie z. B. Drogenhandel. Diese sehr unterschiedlichen Nutzungen und Funktionen der Innenstadt führen zum Teil zu Konflikten zwischen den verschiedenen Gruppen und ihren Ansprüchen und Bedürfnissen. Die soziale Funktion der Innenstadt, insbesondere für Menschen ohne Obdach oder eigenes soziales Umfeld bedarf einer intensiven Betrachtung und kluger Lösungsansätze und soll gesondert vertieft und in der abgestimmten Zukunftsperspektive für die Innenstadt integriert werden.

Strukturelle Entwicklungen im Handel, zunehmende Online-Konkurrenz und sich änderndes Kaufverhalten verändern die Leitfunktion der Innenstadt seit Längerem deutlich. Die seit März anhaltende Corona-Krise beschleunigt dies Entwicklung. Auch wenn die Besuchszahlen in der City an den Wochentagen beinahe das „Vor-Corona“-Niveau erreicht haben, liegen die Umsätze laut Aussagen des Innenstadthandels noch immer deutlich darunter. Eine vollständige Erholung ist angesichts der beschriebenen Entwicklungen eher unwahrscheinlich.

Entscheidend ist, dass bei der Entwicklung von integrierten Konzepten für eine zukunftsfähige, resiliente Innenstadt zuvorderst die künftigen, unterschiedlichen Funktionen und Anforderungen an die Innenstadt diskutiert und antizipiert werden. Dafür soll ein breit angelegter und umfangreicher Beteiligungsprozess entsprechende Anhaltspunkte geben. In der Diskussion kommen den Themen Mobilität, generationsgerechte Lebensqualität und Klima besondere Bedeutung zu.

Voraussetzung für nahezu alle Besuche der Innenstadt ist eine gute, barrierefreie Erreichbarkeit zu Fuß, mit dem ÖPNV und den verschiedenen Verkehrsmitteln des Individualverkehrs wie Fahrrädern und Kraftfahrzeugen oder neuen Mobilitätsformen. Hier gilt es, zeitgemäße Konzepte für deutlich weniger Kfz-Verkehr zu entwickeln. Gleichzeitig ist eine gute Erreichbarkeit der Innenstadt sicherzustellen, um so Freiräume für weitere Möglichkeiten und Nutzungen zu schaffen und den öffentlichen Raum insgesamt aufzuwerten.

Ebenso spielt die kulturelle Vielfalt eine wichtige Rolle für eine zukunftsfähige Innenstadt. So finden sich bereits heute in keinem anderen Stadtteil Kultureinrichtungen in ähnlicher Dichte: staatliche und private Bühnen, Staatstheater, Volkshochschule, Historisches Museum und Kirchen.

Vorgehen:

Ein umfassend angelegter Dialog, der eine deutliche Signalwirkung entfaltet, bildet das Fundament des zu erarbeitenden Entwicklungskonzeptes. Es gilt, folgende Fragestellungen zu beantworten:

- Welche Funktionen aus Sicht der lokalen und regionalen Akteur*innen und somit auch aus Nachfragesicht sind heute und künftig relevant?
- Welche alten und neuen Räume können oder müssen künftig für Handel, Gastronomie, Kunst, Kultur und Kommunikation sowie soziale Interaktion modifiziert, erhalten oder neu geschaffen werden?

- Wie kann insgesamt eine Vitalisierung der Innenstadt während und auch nach der Corona-Pandemie erzielt werden?

Die Stadtverwaltung wird mit den unterschiedlichen Interessen- und Nutzer*innengruppen, die in der Innenstadt leben, hier arbeiten oder sie besuchen, über ihre Ideen und Vorstellungen im Rahmen des Beteiligungsverfahrens ins Gespräch kommen. Der Diskurs und die spätere Umsetzung werden dabei als offener Prozess verstanden, der stetig hinsichtlich der Ziele und Folgen überprüft und gegebenenfalls angepasst wird. Er kann in mehreren Schritten erfolgen:

- Es soll zielgruppenorientierte Angebote (je nach Lage analog und/oder digital) geben, in denen die Akteur*innen ihre Erwartungen formulieren, Beispiele aus anderen Städten beleuchtet werden, die Chancen (Lebensqualität, Kultur, Aufenthalt, Feste, urbanes Leben, Zukunft der Einkaufsstadt, Mobilität usw.) einer gut funktionierenden Innenstadt beschrieben und die vorhandenen Konzept-Ideen vorgestellt werden können. Dabei sollte auch den Menschen die Möglichkeit zur Beteiligung gegeben werden, die mit konventionellen Maßnahmen und klassischen Beteiligungsformaten nicht erreicht werden.
- Im Anschluss sollen die verschiedenen Funktionen der Innenstadt beschrieben und die Anforderungen, die sich hieraus ergeben, erarbeitet werden.
- Zudem soll der Gesamtprozess durch Experimentierräume und Veranstaltungen zum Testen von Maßnahmen, die im Beteiligungsverfahren entwickelt wurden, flankiert werden.

Da die Innenstadtentwicklung für die gesamte Stadtentwicklung von großer Bedeutung ist, ist darüber hinaus angedacht, die Stadtbevölkerung insgesamt im Rahmen der im Sommer 2021 geplanten Repräsentativerhebung dazu zu befragen. Somit kann zusätzlich ein repräsentatives Meinungsbild aus der Gesamtbevölkerung ermittelt und berücksichtigt werden. Ergänzend dazu können auch die Ergebnisse der Passanten-Befragung des IFH Köln (seit 2016 alle 2 Jahre), die voraussichtlich im September/ Oktober 2020 durchgeführt wird, relevante Informationen liefern.

Ergebnis/ Ausblick:

Die Ergebnisse aus dem Beteiligungsprozess und der Repräsentativerhebung sollen bis spätestens Ende 2021 aufbereitet und bewertet werden, um daraus ein integriertes Konzept einer zukunftsfähigen, resilienten Innenstadt zu erarbeiten, das dann zur Beratung und öffentlichen Diskussion vorgelegt wird.

Dez. V
Hannover / 18.09.2020

Landeshauptstadt



Beschluss-
drucksache

b

In den Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und
Liegenschaftsangelegenheiten
In den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss
In den Sozialausschuss
In den Gleichstellungsausschuss
In den Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen
In den Kulturausschuss
In den Ausschuss für Integration, Europa und
Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss)
In den Ausschuss für Haushalt Finanzen und
Rechnungsprüfung
In den Verwaltungsausschuss
In die Ratsversammlung
An den Stadtbezirksrat Mitte (zur Kenntnis)

	1. Ergänzung
Nr.	1995/2020 N1 E1
Anzahl der Anlagen	0
Zu TOP	

Integriertes Konzept zur Entwicklung einer zukunftsfähigen, resilienten Innenstadt

Antrag,

~~dem~~ **den** Änderungsantrag des Stadtbezirksrates Mitte Drucksache Nr. 15-2290/2020 abzulehnen und ~~der Ursprungsdrucksache Nr. 1995/2020 N1~~ zuzustimmen.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten

Es wird auf die Ursprungsdrucksache verwiesen.

Kostentabelle

Es wird auf die Ursprungsdrucksache verwiesen.

Begründung des Antrages:

Der durch Ursprungsdrucksache Nr. 1995/2020 N1 beauftragte Gesamtprozess umfasst folgende Phasen:

Beteiligungsprozess in der Innenstadt unter Einbindung der unterschiedlichen Interessen- und Nutzer*innengruppen sowie der Stadtgesellschaft. Die Leitlinien und Qualitätskriterien

für die Beteiligung der Einwohner*innen der Landeshauptstadt Hannover finden hierbei Anwendung. Parallel dazu die Repräsentativerhebung 2021 (bis Sommer 2021) und dann Auswertung der Ergebnisse aus diesem Beteiligungsprozess und der Befragung (bis Ende 2021).

Die Durchführung und Auswertung des zu beschließenden Beteiligungsverfahrens benötigt Zeit und ist bis Ende 2021 geplant. Danach kann erst die Erarbeitung des Konzeptes erfolgen. Bis Herbst 2021 ist dies nicht zu leisten

Dez. V
Hannover / 11.11.2020

Landeshauptstadt



Informations-
drucksache



In den Ausschuss für Integration, Europa und
Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss)

Nr. 2925/2020

Anzahl der Anlagen 1

Zu TOP

Lokaler Integrationsplan (LIP) 2.0: Ergebnisbericht zur 2. Online-Umfrage

Der Überarbeitungsprozess zum Lokalen Integrationsplan (Arbeitstitel LIP 2.0) sieht in allen Arbeitsphasen eine breite Beteiligung der Öffentlichkeit vor (siehe DS 2472/2019). Zur Umsetzung dieses Auftrags in Zeiten der Pandemie fand in der Zeit vom 5. März bis zum 5. Mai 2020 eine zweite Online-Umfrage statt zu ausgewählten Fragestellungen bezüglich des Strategiepapiers, welches in der ersten Projektphase erstellt werden soll. Die Auswertung der Umfrage wird mit Anlage 1 zu dieser Drucksache vorgelegt. Alle darin dargestellten Ergebnisse werden den LIP 2.0 Expert*innengruppen zur Verfügung gestellt.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten

Die Befragung war für alle Geschlechter offen. Zur (freiwilligen) Angabe zum Punkt „Geschlecht“ standen vier Antwortmöglichkeiten (inklusive der Option „keine Angabe“) offen.

Kostentabelle

Es entstehen keine finanziellen Auswirkungen.

50.6
Hannover / 01.12.2020

Lokaler Integrationsplan (LIP 2.0)

Ergebnisbericht zur zweiten Online-Umfrage

1. Einleitung

Bei der Weiterentwicklung des Lokalen Integrationsplans der Landeshauptstadt Hannover (LIP 2.0) werden in regelmäßigen Abständen Online-Umfragen als digitale Tools für eine ergänzende öffentliche Beteiligung eingesetzt. Durch solche Befragungen können sich interessierte Einwohner*innen detailliert über konkrete und im direkten Bezug zum Lokalen Integrationsplan stehende Fragen äußern. Darüber hinaus haben sie die Möglichkeit, Bedarfe in Bezug auf konkrete Handlungsfelder und Maßnahmen im Rahmen des LIP 2.0 zu formulieren. Auf dieser Weise wird sichergestellt, dass die Perspektive einer breiteren Öffentlichkeit ebenso in die Überarbeitung des LIP einfließt wie die Expertise unmittelbar beteiligten verwaltungsinternen und -externen Akteur*innen, die mit der Überarbeitung des Papiers beauftragt wurden.

Zwischen März und Mai 2020 wurde die erste Online-Umfrage durchgeführt mit dem Ziel, ein Meinungsbild aus der Bevölkerung zu den im LIP 2.0 gewählten Begrifflichkeiten und geplanten Handlungsfeldern zu ermitteln.

Ziel der zweiten, wiederum nicht repräsentativen Befragung, deren Ergebnisse hier vorgelegt werden, war es, eine Momentaufnahme öffentlich vertretener Meinungen über mögliche Einflussfaktoren auf und Handlungsempfehlungen für das Zusammenleben in der Einwanderungsstadt sowie Visionen für die Zukunft der Einwanderungsstadt einzufangen.

2. Methodisches Vorgehen

2.1. Zeitraum der Befragung, Sprachversionen und Akquise

Die zweite Umfrage wurde zwischen dem 12. Juni und dem 3. August 2020 auf der Online-Plattform Lime-Survey durchgeführt.

Um die Umfrage möglichst niederschwellig für Neu-Hannoveraner*innen zu gestalten, für die die Kommunikation auf Deutsch eine sprachliche Hürde darstellt, wurde sie in sieben zusätzlichen Sprachversionen angeboten: Englisch, Arabisch, Bulgarisch, Polnisch, Rumänisch, Russisch und Türkisch. Ausschlaggebend bei der Sprachenauswahl waren zum einen die Herkunftssprachen der größten migrantischen Communities in Hannover (Polnisch, Russisch, Türkisch) und zum anderen die Landessprachen jener Staaten, aus denen in den letzten fünf Jahren die größte Zuwanderung nach Hannover stattgefunden hat (Arabisch, Bulgarisch, Rumänisch). Zusätzlich wurde Englisch als eine internationale Verkehrssprache ebenfalls berücksichtigt.

Nach der Online-Schaltung wurde der Link zur Umfrage über die Homepage des Sachgebiets Integration, in den LIP 2.0-Expert*innengruppen, sowie in sozialen Medien (Facebook und Instagram) geteilt und so an die Öffentlichkeit getragen. Weiterhin wurde die Einladung zur Teilnahme in verschiedenen E-Mail-Verteilern des Sachgebiets Integration beworben und erreichte so Migrant*innenselbstorganisationen (MSO), die Mitglieder der Lenkungsgruppe, die Delegiertenkonferenz der Integrationsbeiräte und den Runden Tisch gegen Rassismus.

2.2. Fragebogen

Der Fragebogen für die Umfrage wurde in Zusammenarbeit der Koordinierungsstelle 50.60 (Sachgebiet Integration) und Freiwilligen aus fünf LIP 2.0-Expert*innengruppen entwickelt.

Der Fragebogen umfasst 21 Fragen, unterteilt in fünf Fragenblöcke, die nachfolgend näher beschrieben werden:

- **Fragenblock 1: Aktuelle Lebensbedingungen und gesellschaftliche Entwicklungen in Hannover**
In diesem Fragenblock wurde anhand von drei offenen Fragen mögliche Einflussfaktoren für das Zusammenleben in der Einwanderungsstadt Hannover abgefragt.
- **Fragenblock 2: Gewünschte Themenschwerpunkte im neuen Lokalen Integrationsplan**
In diesem Fragenblock wurden anhand von vier offenen Fragen Handlungsbedarfe und -empfehlungen für das gesellschaftliche Zusammenleben in der Einwanderungsstadt Hannover erhoben. Darüber hinaus konnten die Befragten an dieser Stelle Titelvorschläge für den überarbeiteten LIP machen.
- **Fragenblock 3: Zukunftsvisionen für die Einwanderungsstadt**
In diesem Fragenblock konnten sich die Befragten zu vier offenen Fragen äußern und ihre Visionen sowie Vorschläge für Umsetzungsstrategien festhalten.
- **Fragenblock 4: Fragen zur Person**
In diesem Fragenblock wurden Geschlecht, Alter und mögliche Migrationsbezüge der Teilnehmenden erfragt.
- **Fragenblock 5: Zusätzliche Informationen**
In diesem Fragenblock wurden zwei Fragen nach den Informationsquellen über die Online-Umfrage sowie der eventuellen vorherigen Teilnahme an einer Umfrage zum LIP 2.0 gestellt. Die Ergebnisse aus diesen Fragen werden in die Konzeption zukünftiger Umfragen einfließen.

2.3. Auswertung

Nach Abschluss der Online-Umfrage wurden die Daten exportiert und mit einem Tabellenkalkulationsprogramm ausgewertet. Die Antworten der offenen Fragen aus den Fragenblöcken 1, 2 und 3 wurden inhaltlich geclustert, das heißt ähnliche Aussagen wurden zu einer Kategorie zusammengefasst. Für die demographischen Daten aus Fragenblock 4 wurde eine deskriptive Statistik erstellt. Die zusätzlichen Informationen aus Fragenblock 5 wurden ebenfalls deskriptiv ausgewertet, sind jedoch nicht in diesem Bericht erhalten, da sie wie schon festgestellt, nur zur Optimierung zukünftiger Befragungen genutzt werden.

2.4. Stichprobe

Insgesamt haben 204 Personen an der Befragung teilgenommen. Davon waren 73 Frauen, 54 Männer, fünf Personen wählten die Antwortmöglichkeit „divers“ und 72 machten keine Angaben zum Geschlecht. Die Altersverteilung der Befragten zeigt eine leichte Verschiebung zugunsten von Menschen über 45 Jahre (siehe Tab. 1).

Tabelle 1: Altersverteilung der Stichprobe

Alterskategorie	Anzahl der Befragten	Prozentualer Anteil
unter 18 Jahre	1	1 %
19 bis 27 Jahre	10	5 %
28 bis 45 Jahre	47	23 %
46 bis 65 Jahre	65	32 %
über 65 Jahre	9	4 %
keine Antwort	72	35 %
gesamt	204	100 %

Fast die Hälfte der Befragten (99 Personen) gab an, in Deutschland geboren zu sein. Bei 21 Personen davon kann aufgrund der Aussage, dass mindestens ein Elternteil nicht in Deutschland geboren wurde, von einer familiären Migrationsgeschichte ausgegangen werden. Weitere 25 Personen gaben an, außerhalb von Deutschland geboren zu sein. Einen sogenannten Migrationshintergrund aufgrund von eigener Einwanderung nach Deutschland oder einer familiären Einwanderungsgeschichte von mindestens einem Elternteil weisen somit circa 21 Prozent der Gesamtstichprobe auf. Die Fragen nach einem möglichen Migrationshintergrund wurden von rund 40 Prozent der Befragten nicht beantwortet.

Die Stichprobe der Befragten ist ziemlich homogen hinsichtlich der Aufenthaltsdauer in Hannover. Wie Tabelle 2 verdeutlicht, leben 84 Prozent der Befragten seit über zehn Jahren in Hannover oder wurden hier geboren. Eine separate Betrachtung der Befragten mit eigener Einwanderungserfahrung bestätigt dieses Bild. 17 der 25 Personen mit eigener Einwanderungserfahrung gaben an, seit über zehn Jahren in Hannover zu leben.

Tabelle 2: Wohndauer in Hannover

Wie lange leben Sie in Hannover?	Anzahl der Befragten	Prozentualer Anteil
weniger als 1 Jahr	1	1 %
1 bis 5 Jahre	9	7 %
6 bis 10 Jahre	11	9 %
über 10 Jahre	72	56 %
Ich bin in Hannover geboren.	36	28 %
gesamt	129	100 %

3. Ergebnisse

Nachfolgend werden die Ergebnisse der ersten drei Frageblöcke dargestellt.

3.1. Ergebnisse aus Fragenblock 1: Aktuelle Lebensbedingungen und gesellschaftliche Entwicklungen in Hannover

Nach überwiegender Meinung der Befragten zeichnet sich die Stadt Hannover durch die Diversität ihrer Einwohner*innen sowie die Toleranz und Offenheit der Stadtbevölkerung für Neueingewanderte aus (Abb. 1). Als weitere Merkmale werden die gute wirtschaftliche, soziale und kulturelle Infrastruktur der Stadt und die symbolische Wirkung der Person des neu gewählten Oberbürgermeisters Onay hervorgehoben. Unter der Kategorie „Forderungen und Kritik“ wurden verschiedene Antworten zusammengefasst, die beispielsweise eine Aufwertung von Stadtteilen mit geringem sozio-ökonomischen Status forderten oder die in der

Frage formulierte Annahme, Hannover zeichne sich im Vergleich zu anderen Kommunen besonders aus, insgesamt verneinten.

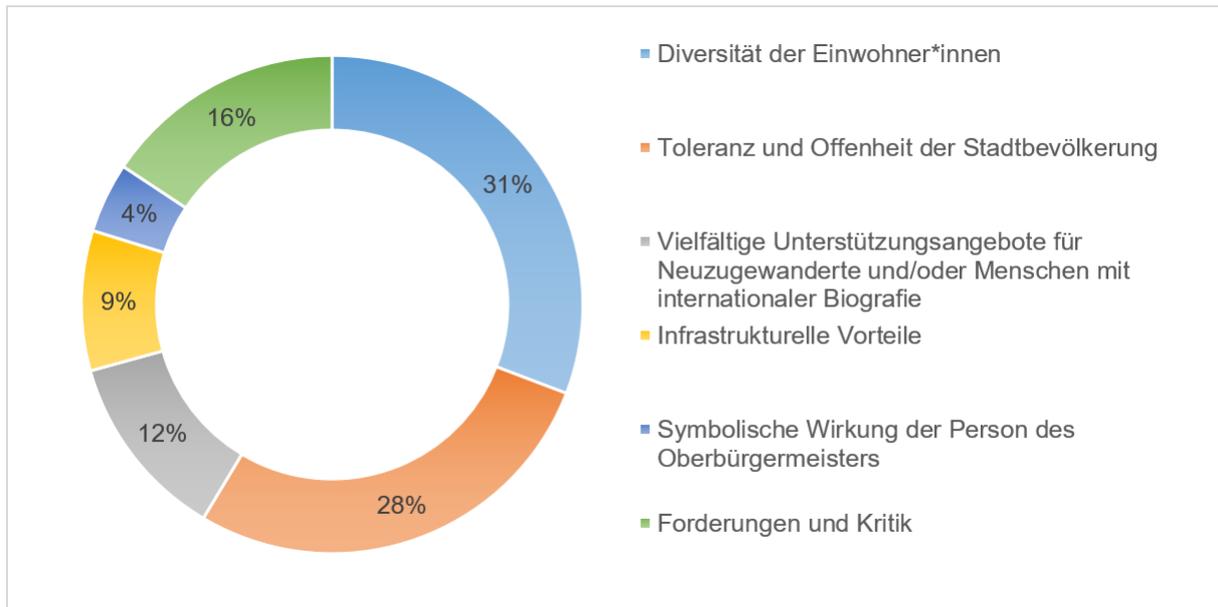


Abbildung 1. Was zeichnet Hannover als Einwanderungsstadt aus? (Anzahl der Nennungen = 198)

Auf die Frage, welche aktuellen Entwicklungen das Zusammenleben in Hannover beeinflussen, wurde die „gesellschaftliche Spaltung“ mit 52 Prozent der Antworten am häufigsten genannt (Abb. 2). Laut der Befragten werde die existierende Kluft zwischen Arm und Reich noch zusätzlich durch die Folgen der COVID-19-Pandemie verstärkt. 23 Prozent der Befragten nannten die weiterhin bestehenden Diskriminierungs- und Rassismuserscheinungen als einen wesentlichen Einflussfaktor für das gesellschaftliche Miteinander. Für 15 Prozent stellen die Folgen der Globalisierung, im Sinne von einer verstärkten Einwanderung und der damit einhergehenden steigenden Diversität der Gesellschaft gekoppelt mit dem hierzulande fortschreitenden demografischen Wandel eine wichtige Herausforderung für die Stadt dar.

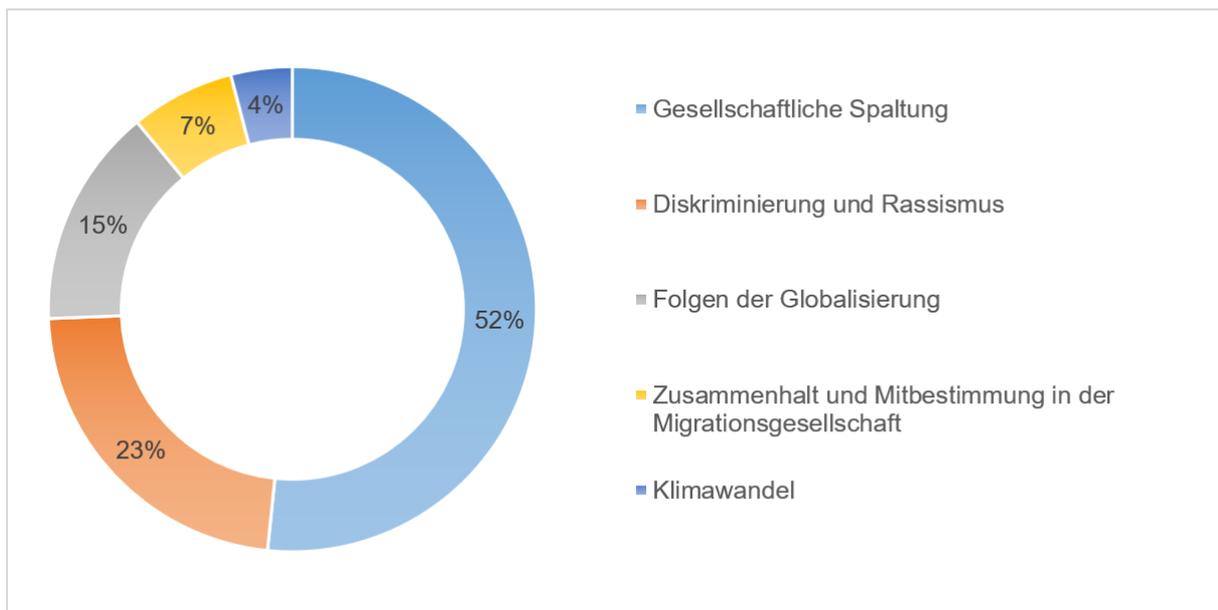


Abbildung 2. Welche aktuellen Entwicklungen beeinflussen unser Zusammenleben in Hannover? (Anzahl der Nennungen = 246)

Infolge der oben genannten Faktoren verstärkte sich die gesellschaftliche Spaltung, meinen 68 Prozent der Befragten (Abb. 3), weil sich die Einwohner*innen mehr voneinander distanzieren und ihre Skepsis sowie Unsicherheit wüchsen. Einer gegenteiligen Meinung wird von 18 Prozent der Befragten vertreten, nämlich dass die Einwohner*innen mit unterschiedlichsten Hintergründen sowie Neueingewanderte sich aufgrund der Entwicklungen häufiger begegneten und in Austausch kämen und dies die Öffnung der Stadtgesellschaft begünstige. Drei Prozent der Befragten sind der Meinung, dass sich aufgrund der aktuellen Entwicklungen neue gesellschaftliche Gruppen, darunter vor allem Jugendliche, politisierten.

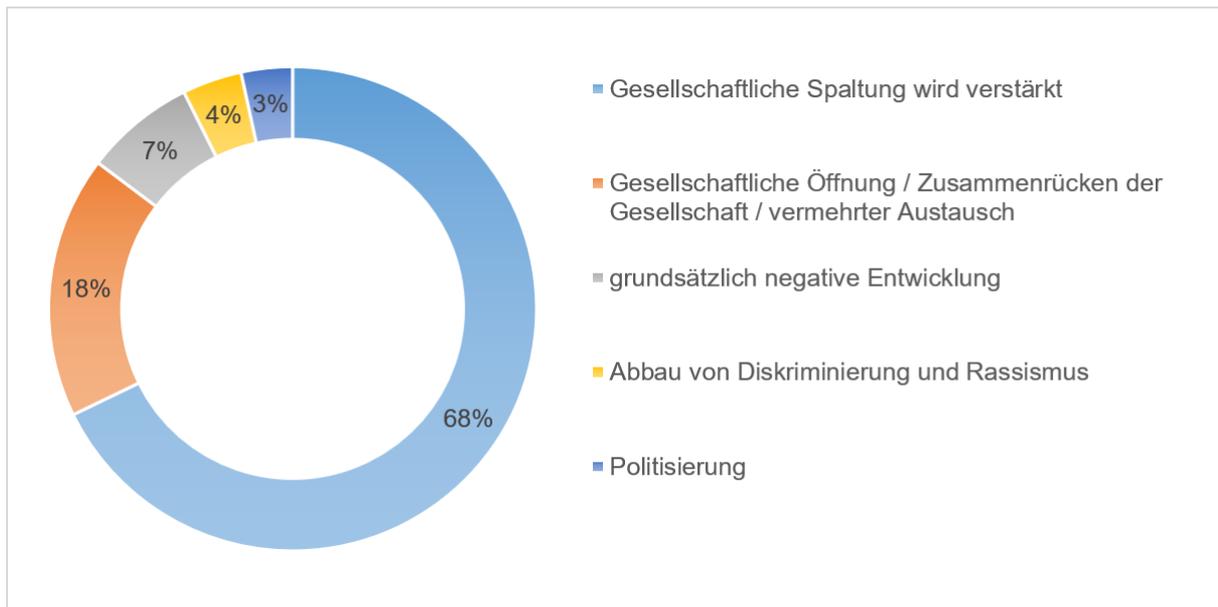


Abbildung 3. Wie verändern diese Entwicklungen unser Zusammenleben?

(Anzahl der Nennungen = 177)

3.2. Ergebnisse aus Fragenblock 2:

Gewünschte Themenschwerpunkte im neuen Lokalen Integrationsplan

In diesem Fragenblock sollten die Befragten konkrete Themen benennen, die im LIP 2.0 zu behandeln wären. Einleitend wurde die Frage gestellt „Welche Aufgaben resultieren aus den im vorherigen Fragenblock genannten Entwicklungen und sollten im LIP 2.0 behandelt werden?“. Hierzu äußerten sich 39 Prozent der Befragten zugunsten einer Förderung des Stadtlebens sowohl im Sinne der Verbesserung der Infrastruktur in den Stadtteilen als auch im Sinne der Verbesserung der „klassischen Stadtteilarbeit“, die den aktiven Austausch zwischen den Einwohner*innen durch unterschiedliche (kulturelle) Angebote fördert (Abb. 4). Als weitere wichtige Aufgabenfelder, die ihren Platz im LIP 2.0 finden sollten, wurden die Bekämpfung von Diskriminierung und Rassismus, die Gestaltung inklusiver Angebote und Eröffnung von Arbeitsperspektiven für Neueingewanderte sowie die Modernisierung der Verwaltung genannt.

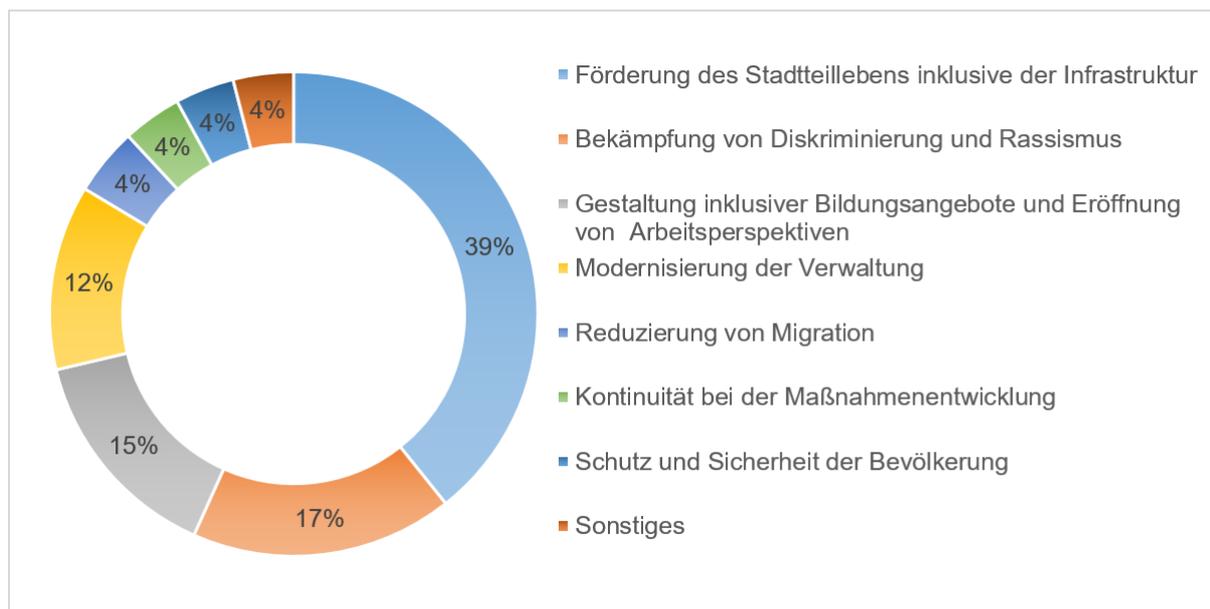


Abbildung 4. Welche Aufgaben resultieren aus den im vorherigen Fragenblock genannten Entwicklungen und sollten im LIP 2.0 behandelt werden? (Anzahl der Nennungen = 178)

Nach der einleitenden Frage konnten die Befragten für jedes der sechs Handlungsfelder im LIP 2.0 konkrete Beispiele für Themen geben, die aus ihrer Sicht unbedingt behandelt werden sollten. Nachfolgend werden die Antworten in Tabellenform präsentiert. Wenn möglich werden zu den Oberkategorien Antwortbeispiele in absteigender Reihenfolge aufgezählt, die die Vielfalt der Themen innerhalb der gewählten Kategorie veranschaulichen.

Im Handlungsfeld „Bildung“ gab mehr als die Hälfte der Befragten an, dass im LIP 2.0 vor allem Maßnahmen im Bereich der Schulbildung entwickelt werden müssen. Wie aus den Beispielen in Tabelle 3 deutlich wird, werden die Förderung des Spracherwerbs der deutschen Sprache in der Schule neben der Entwicklung von Maßnahmen zur Sicherung der Chancengleichheit von Schüler*innen mit internationaler Biografie und der Ausbau von zusätzlichen Unterstützungsangeboten dabei als die zentralen Aufgaben angesehen.

Obwohl die Kategorien 4) „Mehr Kita-Plätze“, 5) „Hochschulen“ und 6) „Ausbildung und Berufsqualifikationen“ jeweils weniger als fünf Nennungen umfassten, wurde hier darauf verzichtet, diese unter „Sonstiges“ zusammenzufassen, da dort lediglich Antworten zusammengefasst wurden, die inhaltlich nicht auf die gestellte Frage eingingen.

Tabelle 3: Beispiele für Aufgaben im Handlungsfeld Bildung (Anzahl der Nennungen = 134)

Nr.	Aufgabenbereiche im Handlungsfeld Bildung*	Anzahl	Anteil in %
1	Schulbildung	86	64 %
	<i>Förderung des Spracherwerbs in Deutsch</i>	16	
	<i>Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche mit internationaler Biografie fördern</i>	14	
	<i>Mehr Unterstützungsangebote / Ausbau Ganztagesangebote</i>	14	
	<i>Fokus auf Schulbildung allgemein</i>	12	
	<i>Förderung der Mehrsprachigkeit in Schulen</i>	6	

Nr.	Aufgabenbereiche im Handlungsfeld Bildung*	Anzahl	Anteil in %
	<i>Verbesserung der Ausstattung und Aufstockung der personellen und finanziellen Ressourcen</i>	5	
2	Informelle Bildung	30	22 %
	<i>Politische Bildung stärken</i>	14	
	<i>Niederschwellige Sprach- und Integrationskurse</i>	9	
3	Digitalisierung	5	4 %
4	Mehr Kita-Plätze	3	2 %
5	Hochschulen	3	2 %
6	Ausbildung und Berufsqualifikationen	2	1 %
7	Sonstiges	5	4 %

* Aufgezählt werden nur Antwortbeispiele mit mehr als fünf Nennungen in absteigender Reihenfolge

Im Handlungsfeld „Wirtschaft“ weisen die Ergebnisse darauf hin, dass vielfach eine Notwendigkeit für die Entwicklung von Maßnahmen zur Qualifizierung, Arbeitsvermittlung und beruflichen Weiterbildung von Neueingewanderten sowie Menschen mit internationaler Biografie gesehen wird (Tab. 4). An zweiter Stelle werden Maßnahmen zur Existenzgründung und Arbeitssicherung vorgeschlagen, die sich vor allem an Neueingewanderte richten sollten.

Tabelle 4: Beispiele für Aufgaben im Handlungsfeld Wirtschaft (Anzahl der Nennungen = 105)

Nr.	Aufgabenbereiche im Handlungsfeld Wirtschaft*	Anzahl	Anteil in %
1	Qualifizierung, Arbeitsvermittlung und berufliche Weiterbildung	41	39 %
	<i>Förderung und stärkere Begleitung von Ausbildung</i>	13	
	<i>Niederschweligen Arbeitseinstieg ermöglichen</i>	12	
	<i>Anerkennung von Qualifikationen und bestehenden Praxiserfahrungen</i>	7	
	<i>Schaffung von Anreizen für Unternehmen, Menschen mit internationaler Biografie auszubilden und einzustellen</i>	5	
2	Existenzgründung und Arbeitssicherung	32	30 %
	<i>Mehr Beratungsangebote für Existenzgründungen insbesondere für die Zielgruppe „Neueingewanderte“</i>	15	
	<i>Faire Entlohnung und Arbeitsbedingungen</i>	6	
	<i>Förderung des sozialen Wohnungsbaus</i>	5	
3	Stärkung lokaler Unternehmen (klein und mittelständisch)	16	15 %

Tabelle wird auf der nächsten Seite fortgesetzt

Fortsetzung der Tabelle von der vorherigen Seite

Nr.	Aufgabenbereiche im Handlungsfeld Wirtschaft*	Anzahl	Anteil in %
4	Abbau von Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt	8	8 %
5	Sonstiges	8	8 %

* Aufgezählt werden nur Antwortbeispiele mit mehr als fünf Nennungen in absteigender Reihenfolge

Für das Handlungsfeld „Soziales“ schlugen die Befragten zu gleichen Teilen Maßnahmen für die Förderung des Zusammenlebens im Stadtteil und solche zur Sicherung der Lebensqualität der Einwohner*innen vor (Tab. 5). Darüber hinaus sprachen sich 15 Prozent der Befragten für eine bedarfsorientierte Entwicklung von Maßnahmen für spezifische Zielgruppen aus.

Tabelle 5: Beispiele für Aufgaben im Handlungsfeld Soziales (Anzahl der Nennungen = 102)

Nr.	Aufgabenbereiche im Handlungsfeld Soziales*	Anzahl	Anteil in %
1	Förderung des Zusammenlebens im Stadtteil	30	29 %
2	Sicherung der Lebensqualität	30	29 %
	<i>Sicherung von bezahlbarem Wohnraum</i>	13	
	<i>Unterstützung von Menschen, die von Armut bedroht sind</i>	9	
3	Verbesserung der internen Verwaltungsstrukturen und -prozesse	16	16 %
	<i>Bedarfsgerechte Förderung für alle unabhängig vom Migrationshintergrund</i>	6	
	<i>Ausbau personeller Ressourcen</i>	6	
4	Entwicklung bedarfsorientierter Maßnahmen für spezifische Zielgruppen (Frauen, Mädchen, Jugendliche, Geflüchtete, Familien, Menschen mit Rassismuserfahrungen)	15	15 %
5	Ausbau der Beratungsangebote (quantitativ und qualitativ)	11	11 %

* Aufgezählt werden nur Antwortbeispiele mit mehr als fünf Nennungen in absteigender Reihenfolge

Ein starker Fokus auf die Stadtteilarbeit und konkret auf die Förderung der Stadtteilkultur wird auch im Handlungsfeld „Stadtleben und Kultur“ von ungefähr der Hälfte der Befragten gefordert (Tab. 6). Ihrer Meinung nach sollen Kulturangebote für alle Einwohner*innen zugänglich sein sowie mit ihrer Beteiligung oder ehrenamtliche Unterstützung mitentwickelt und umgesetzt werden.

Tabelle 6: Beispiele für Aufgaben im Handlungsfeld Stadtleben und Kultur (Anzahl der Nennungen = 90)

Nr.	Aufgabenbereiche im Handlungsfeld Stadtleben und Kultur*	Anzahl	Anteil in %
1	Förderung der Stadtteilkultur	49	54 %

Tabelle wird auf der nächsten Seite fortgesetzt

Fortsetzung der Tabelle von der vorherigen Seite

Nr.	Aufgabenbereiche im Handlungsfeld Stadtleben und Kultur*	Anzahl	Anteil in %
	<i>Mehr Veranstaltungen und Möglichkeiten zum interkulturellen Austausch</i>	20	
	<i>Niederschwellige Angebote im Stadtteil</i>	12	
	<i>Mehr Orte und Räumlichkeiten für Kulturschaffende</i>	9	
2	Öffnung der Zugänge zu Kulturangeboten für alle	23	26 %
	<i>Zugänge zu kulturellen Angeboten für sozial benachteiligte und marginalisierte Gruppen ermöglichen</i>	9	
	<i>Förderung von Kulturschaffenden mit internationaler Biografie</i>	8	
	<i>Beteiligung der Einwohner*innen</i>	6	
3	Verbesserung der städtischen Mobilität und Infrastruktur	10	11 %
	<i>Öffentlicher Nahverkehr verbessern / Konzept zur autofreien Stadt umsetzen / Radwegenetz ausbauen</i>	5	
	<i>Infrastruktur verbessern (bzgl. öffentliche Plätze, Sicherheit, Sauberkeit, Sport und Wohnen)</i>	5	
4	Mehr politische und kulturelle Bildung	8	9 %

* Aufgezählt werden nur Antwortbeispiele mit mehr als fünf Nennungen in absteigender Reihenfolge

Im Handlungsfeld „Demokratie“ gehören im Rahmen des LIP 2.0 entsprechend der Vorstellungen der Befragten die Ermöglichung von politischer Teilhabe für alle, eine stärkere Repräsentation von Menschen mit internationaler Biografie in politischen Gremien sowie mehr Aufklärungsarbeit durch Demokratiebildung (Kategorien 1 und 2 in Tab. 7) zu den wichtigsten Aufgaben.

Tabelle 7: Beispiele für Aufgaben im Handlungsfeld Demokratie (Anzahl der Nennungen = 93)

Nr.	Aufgabenbereiche im Handlungsfeld Demokratie*	Anzahl	Anteil in %
1	Ermöglichung der politischen Teilhabe für alle und Stärkung der Repräsentation von Menschen mit internationaler Biografie in politischen Gremien	40	43 %
	<i>Förderung von öffentlichen Debatten / Initiierung von Bürgerforen und Bürgerräten</i>	18	
	<i>Wahlrecht auf alle Menschen in der Stadt ausweiten</i>	13	
	<i>Besetzung politischer Gremien mit Menschen mit internationaler Biografie</i>	9	
2	Aufklärungsarbeit durch Demokratiebildung	31	33 %
	<i>Aufklärungsarbeit und politische Bildung</i>	25	
	<i>Interesse für Beteiligung an politischen Gremien wecken</i>	6	

Nr.	Aufgabenbereiche im Handlungsfeld Demokratie*	Anzahl	Anteil in %
3	Abbau von Diskriminierung, Rassismus und rechter Gewalt	13	14 %
4	Sonstiges	9	10 %

* Aufgezählt werden nur Antwortbeispiele mit mehr als fünf Nennungen in absteigender Reihenfolge

Die Modernisierung der Verwaltung ist für 41 Prozent der Befragten die wichtigste Aufgabe im Handlungsfeld „Stadtverwaltung und interkulturelle Öffnung“ (Tab. 8). Dazu gehören die Erhöhung der Transparenz nach außen über Zuständigkeiten in der Verwaltung, die Beschleunigung von Entscheidungen und die adressatengerechte Kommunikation nach außen sowie die Erhöhung der Kunden- und Serviceorientierung im Allgemeinen. An zweiter Stelle nennen die Befragten die Erhöhung der Repräsentation von Menschen mit internationaler Biografie auch in höheren Führungspositionen als ein weiteres zentrales Aufgabengebiet in diesem Handlungsfeld.

Tabelle 8: Beispiele für Aufgaben im Handlungsfeld Stadtverwaltung und interkulturelle Öffnung
(Anzahl der Nennungen = 80)

Nr.	Aufgabenbereiche im Handlungsfeld Stadtverwaltung und interkulturelle Öffnung*	Anzahl	Anteil in %
1	Modernisierung der Verwaltung	38	41 %
	<i>Transparenz über Ansprechpartner*innen und Zuständigkeiten und kürzere Entscheidungswege</i>	15	
	<i>Kommunikation auf die Bedürfnisse einer vielfältigen Stadtgesellschaft ausrichten, insbesondere durch mehrsprachigen Service und Kommunikation in einfacher Sprache</i>	11	
	<i>Kunden- und Serviceorientierung erhöhen</i>	7	
	<i>Gleichbehandlung aller Einwohner*innen und nicht nur in Bezug auf migrationsbedingte Vielfalt</i>	5	
2	Erhöhung der Repräsentation von Menschen mit internationaler Biografie in der Verwaltung	27	29 %
	<i>Einstellung von mehr Mitarbeiter*innen mit internationaler Biografie</i>	18	
	<i>Beförderung von mehr Mitarbeiter*innen mit internationaler Biografie in höhere Gehaltsstufen und Führungspositionen</i>	7	
3	Regelmäßige verpflichtende Mitarbeiterschulungen zur Erhöhung der interkulturellen Kompetenz und Sensibilisierung für Diskriminierung und Rassismus	15	16 %
4	Sonstiges	13	14 %

* Aufgezählt werden nur Antwortbeispiele mit mehr als fünf Nennungen in absteigender Reihenfolge

Die Befragten hatten die Möglichkeit auch weitere Aspekte zu benennen, die keinem der sechs etablierten Handlungsfelder im LIP zugeordnet werden können. Die Antworten auf diese Frage sind der Tabelle 9 im Anhang zu entnehmen. Der Großteil der vorgeschlagenen

Themen stellt eine Wiederholung der Vorschläge und Ideen für die Handlungsfelder dar oder wurde inzwischen in den Entwurf des LIP-Strategiepapiers¹ aufgenommen. Ein Beispiel ist der Vorschlag, im LIP-Strategiepapier einen Fokus auf den interreligiösen Dialog zu legen, dies wird im aktuellen Entwurf realisiert. Weitere Themenfelder wie Umwelt, Mobilität und Digitalisierung (Tab. 9 im Anhang) wurden im Strategiepapier bisher nicht berücksichtigt, da ihre Relevanz für die Migrationspolitik in Hannover noch nicht eindeutig hervorgetreten ist.

In diesem Fragenblock konnten die Befragten ebenfalls Vorschläge für den neuen Titel des Lokalen Integrationsplans machen. Die Liste dieser Vorschläge ist so umfangreich und bunt, dass sie sich nicht zusammenfassen ließ. Am ehesten könnte man einen starken Hannover-Bezug und eine Betonung auf Vielfalt erkennen, wie beispielsweise aus den Vorschlägen „Wir in Hannover“, „Gesellschaftsplan Zusammenleben“ und „Lokaler Vielfaltsplan“ deutlich wird. Vier der Titelvorschläge wurden in die redaktionelle Arbeit aufgenommen und sind in die Vorschläge eingeflossen, die später im Internationalen Ausschuss zur Diskussion gestellt wurden.

3.3. Ergebnisse aus Fragenblock 3: Zukunftsvisionen für die Einwanderungsstadt

Auf die Frage „Wie stellen Sie sich Hannover in Zukunft vor?“ gaben 30 Prozent der Befragten an, sie hätten gerne mehr Begegnungsorte, wo ein aktiver nachbarschaftlicher Austausch stattfinden kann sowie eine bessere städtische Infrastruktur. Die bedeutet mehr verkehrsberuhigte und sauberere Straßen, mehr Radwege, Grünflächen und Spielplätze (Abb. 5). Außerdem sollte, so die Befragten, die Diversität der Gesellschaft eine Selbstverständlichkeit sein, die sich in allen Institutionen auf allen Hierarchieebenen wiederfinden lässt. Darüber hinaus wünschen sich 25 Prozent der Befragten für die Zukunft, dass sich verschiedene gesellschaftliche Milieus stärker durchmischen und keine Segregation nach Herkunftsgruppen stattfindet.

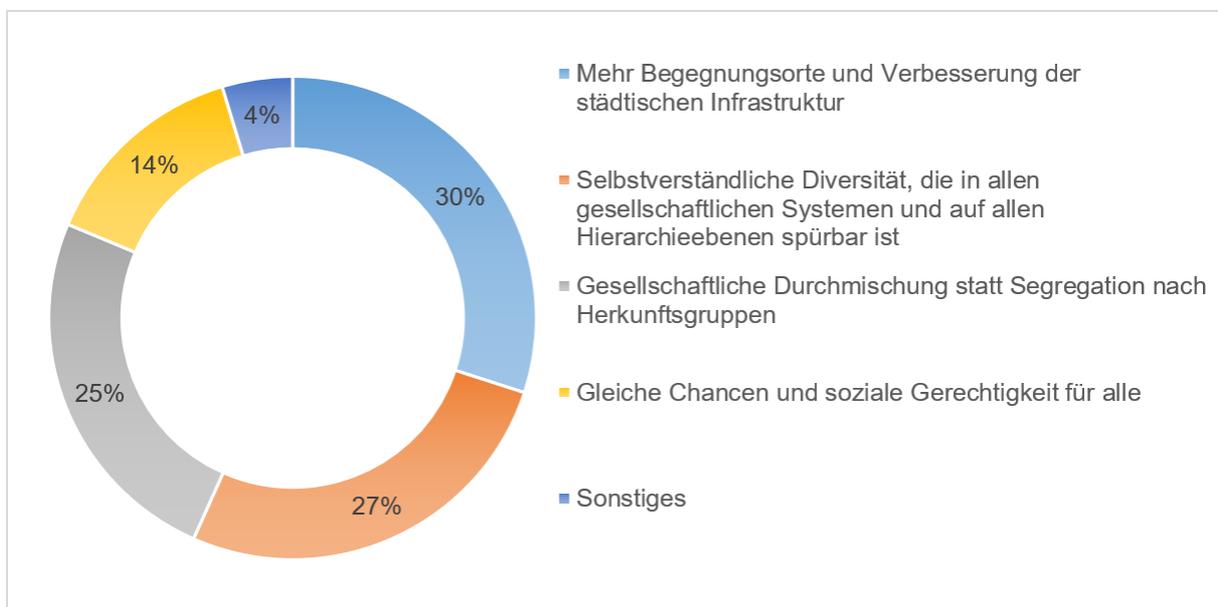


Abbildung 5. Wie stellen Sie sich Hannover in Zukunft vor? Bitte geben Sie ein paar Beispiele.
(Anzahl der Nennungen = 150)

¹ Zum Zeitpunkt der Befragung war der Entwurf des LIP-Strategiepapiers noch nicht fertiggestellt und der Öffentlichkeit nicht bekannt.

Danach gefragt, was sie in der Stadt verändern würden, wenn sie die Entscheidungsmacht hätten, antworten die Befragten, dass sie für eine Aufwertung der Stadtteile und für mehr soziale Gerechtigkeit sorgen wollten (Abb. 6). Eine Modernisierung der Verwaltung stellt für einen Teil der Befragten einen weiteren Schwerpunkt dar.

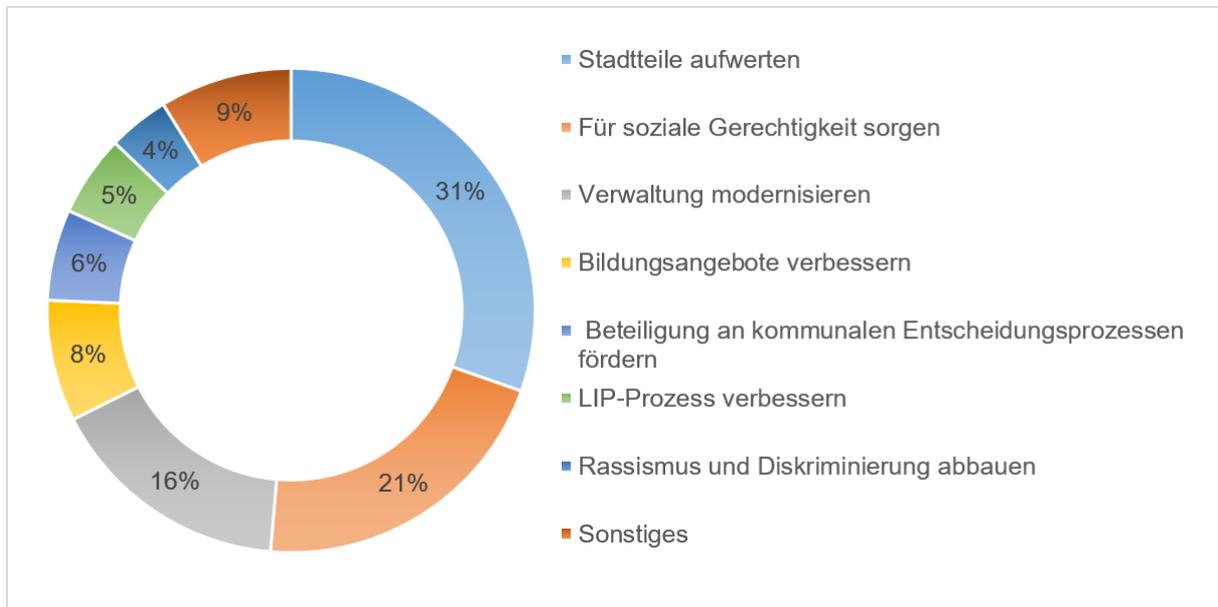


Abbildung 6. Wenn Sie die Entscheidungsmacht hätten, was würden Sie in der Stadt verändern? (Anzahl der Nennungen = 148)

Auf die Frage, was sie selber in ihrem eigenen Umfeld verändern würden, um zur Verwirklichung ihrer Visionen beizutragen, antworteten zwei Drittel der Befragten, dass sie sich für die Verbesserung des Zusammenlebens in ihrem Stadtteil einsetzen wollten (Abb. 7). Allerdings zeigt ein genauerer Blick auf die Antworten, dass sich diese auf Forderungen an die Stadtverwaltung und nicht auf die gestellte Frage nach eigenem Engagement beziehen.

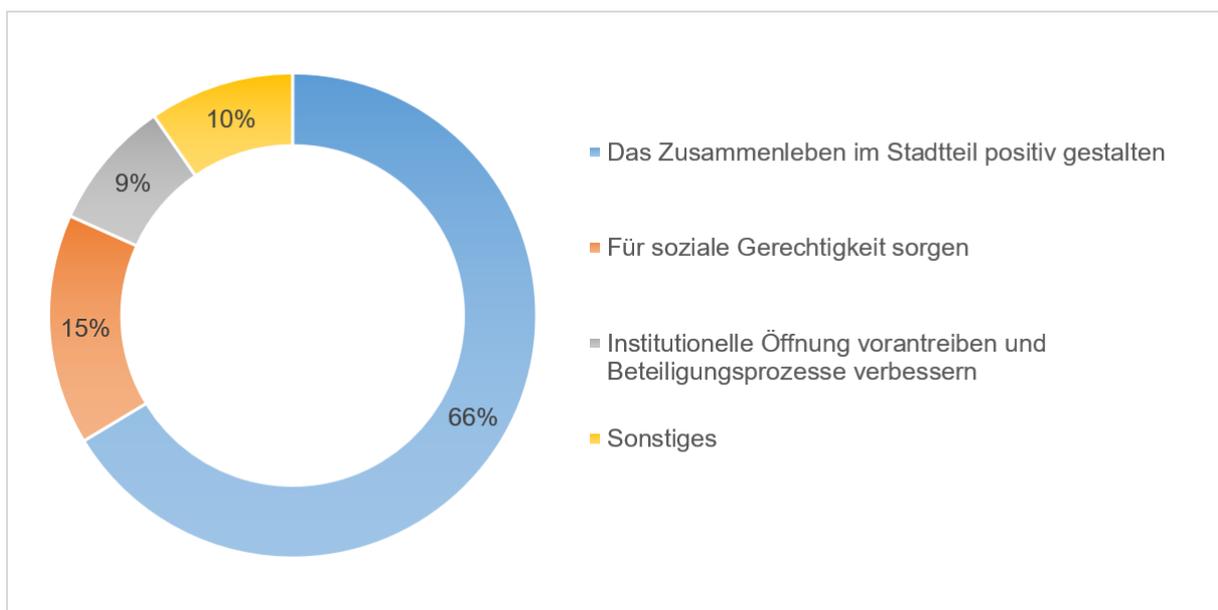


Abbildung 7. Was würden Sie in Ihrem eigenen Umfeld verändern? Welche Voraussetzungen sind Ihrer Meinung nach notwendig für ein gelungenes Engagement? (Anzahl der Nennungen = 104)

Auf die Frage, wie gesellschaftliche Akteure wie Initiativen, Vereine und Stadtverwaltung zur Verwirklichung der formulierten Visionen beitragen können, sprach sich fast ein Drittel der Befragten für eine partizipative Gestaltung der Prozesse, sodass diese im wechselseitigen Dialog mit der Öffentlichkeit entwickelt werden (Abb. 8). Die stärkere Vernetzung der Akteur*innen untereinander sowie ihre ausreichende Ausstattung mit Ressourcen wurden ebenfalls als wichtige Aspekte der erfolgreichen Maßnahmenentwicklung markiert.

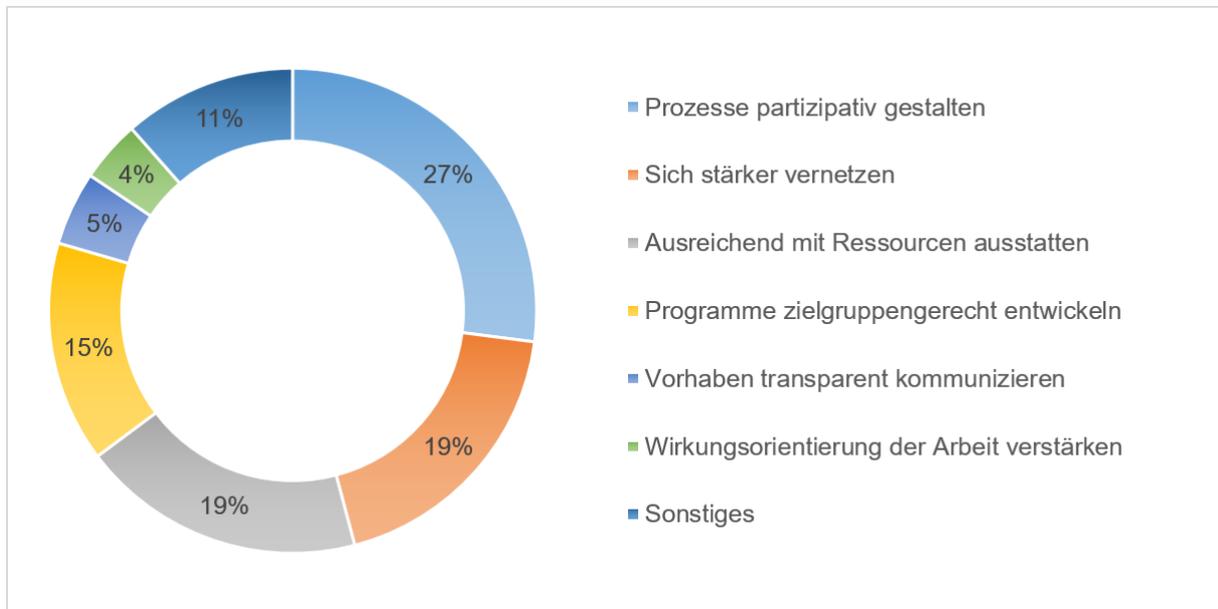


Abbildung 8. Wie können verschiedene gesellschaftliche Akteure (Initiativen, Vereine, Stadtverwaltung etc.) die Verwirklichung dieser Vision(en) vorantreiben?

(Anzahl der Nennungen = 122)

4. Zusammenfassung / Handlungsempfehlungen an die Politik

Es muss noch einmal betont werden, dass die vorliegende Befragung keinen Anspruch auf Repräsentativität der Antworten für die gesamte Stadtbevölkerung Hannovers erhebt. Sie wurde als ein Beteiligungsinstrument im Rahmen der LIP-Überarbeitung eingesetzt und liefert Einblick in der Wahrnehmung der Befragten über aktuelle Lebensbedingungen und gesellschaftliche Entwicklungen in Hannover, gewünschte Themenschwerpunkte im neuen Lokalen Integrationsplan und Zukunftsvisionen für die Einwanderungsstadt.

Eine Stärke dieser Art von Befragungen ist die effiziente und kostengünstige Umsetzung sowie die Reichweite, die online potenziell erzielt werden kann. Für Nutzer*innen sind Online-Umfragen flexibel zeit- und ortunabhängig im eigenen Tempo durchzuführen. Die nur eingeschränkt oder gar nicht zu gewährleistende Repräsentativität zählt eindeutig zu den Schwächen von Online-Umfragen, die insbesondere wegen der möglichen Antwortverzerrungen, die aufgrund der Selbstselektion der Teilnehmenden entstehen. Zudem verleitet die anonyme Ausfüllsituation die Teilnehmende nicht selten zu nicht ernst gemeinten Antworten. Außerdem ist es möglich, dass ganze Bevölkerungsgruppen ohne Absicht von einer Teilnahme ausgeschlossen werden, weil nicht alle mit einem privaten Computer und Internetanschluss ausgestattet sind oder ihre Meinung in der deutschen Sprache kompetent vertreten können. Letzteres wurde von der vorliegenden Umfrage adressiert, indem sieben zusätzliche Sprachversionen angeboten wurden. Die Möglichkeit, die Umfrage auf einer anderen Sprache durchzuführen, wurde tatsächlich jedoch lediglich von drei Personen genutzt, die entweder auf Englisch oder auf Russisch geantwortet haben. Dies ist ein mögliches Indiz dafür, dass

bestimmte Zielgruppen insbesondere die Zielgruppe der Neueingewanderten ohne ausreichende deutsche Sprachkenntnisse möglicherweise nicht erreicht wurden. Für zukünftige Befragungen heißt das, dass genauer geprüft werden muss, ob der Einsatz so vieler zusätzlicher Sprachversionen wirklich effektiv sind oder ob sich andere Möglichkeiten anbieten, das Feld zu erschließen und bisher nicht angesprochene Zielgruppen zu erreichen.

Zusammenfassend lassen sich aus der Umfrage interessante Einblicke in das Meinungsbild der befragten Hannoveraner*innen gewinnen sowie einige Impulse für die Maßnahmenentwicklung im LIP 2.0 ableiten.

Im ersten Fragenblock wird eine klare Trennung deutlich zwischen den wahrgenommenen Stärken der Stadt wie die Diversität ihrer Bevölkerung, die gegenseitige Toleranz und Hilfsbereitschaft auf der einen Seite und der als Bedrohung empfundenen vertieften gesellschaftlichen Spaltung auf der anderen Seite. Bezüglich der Ursachen dieser Spaltung sind sich die Befragten nicht einig. Ein Teil von ihnen sieht die Ursachen in sozio-ökonomischen Faktoren und einer ungleichen Verteilung von Ressourcen. Im Laufe des ersten Lockdowns aufgrund der COVID-19-Pandemie sowie der „Black Lives Matter“-Bewegung – zwei gesellschaftlichen Ereignisse, die kurz oder während vor der Durchführung dieser Umfrage stattgefunden haben – verstärkte sich laut diesen Befragten die gesellschaftliche Segregation. Ein anderer Teil der Befragten begründete die gesellschaftliche Spaltung mit einer wachsenden Unsicherheit und Skepsis gegenüber der in den letzten Jahren angestiegenen Einwanderung in die Stadt und der damit einhergehenden Diversität der Bevölkerung. Auch bezüglich der möglichen Folgen einer gesellschaftlichen Spaltung herrscht keine Einigkeit zwischen den Befragten. Einerseits wird argumentiert, dass sich die Menschen infolge der empfundenen Unsicherheit voneinander abschotteten und distanzierten – also sich die Spaltungstendenzen vertiefen würden –, während ein anderer Teil denkt, dass die Gesellschaft gerade im Zuge der Überwindung einer Krise wie der aktuellen Pandemie näher zusammenrücke und solidarischer agiere. Diese beiden Perspektiven auf die Stadtgesellschaft auf einem gemeinsamen Nenner zu bringen wird nicht nur für den LIP 2.0 eine Herausforderung darstellen.

Im zweiten Fragenblock trugen die Befragten die aus ihrer Sicht wichtigsten Themenfelder zusammen, die im LIP 2.0 angegangen werden müssen. Die einleitende allgemeine Frage bezog sich auf wichtige Aufgaben, die aus den im ersten Fragenblock beschriebenen gesellschaftlichen Entwicklungen resultieren. Darauf antwortete die Mehrheit der Befragten, dass der Fokus der Bemühungen im LIP 2.0 bei der Förderung des Stadtlebens, der Bekämpfung von Diskriminierung und Rassismus sowie der Gestaltung von inklusiven Bildungsangeboten und Eröffnung von Arbeitsperspektiven für Menschen mit internationaler Biografie gelegt werden sollte.² Diese allgemeinen Schwerpunkte ziehen sich wie ein roter Faden durch die Antworten und finden sich auch bei den nachfolgenden Fragen wieder, bei denen konkrete Beispiele für jedes LIP-Handlungsfeld gegeben werden sollten.

So sind zum Beispiel im Handlungsfeld „Bildung“ die Entwicklung von zusätzlichen Unterstützungsangeboten für Schuler*innen mit internationaler Biografie und Maßnahmen zur Förderung des Spracherwerbs in der deutschen Sprache zwei der am häufigsten genannten Aufgabenbereiche, die möglicherweise zur Verringerung der Unterschiede im Kompetenzerwerb, bedingt durch familiären Verhältnisse oder eine Migrationsgeschichte, beitragen. In diesem Handlungsfeld wird von den Befragten auch ein stärkerer Fokus auf außerschulische Angebote zur politischen Bildung im LIP 2.0 gewünscht.

² Diese Aufzählung bezieht sich auf die drei am häufigsten genannten Antwortkategorien zu der gestellten Frage.

Im Handlungsfeld „Wirtschaft“ könnte man als Schnittpunkt der meisten Aussagen die Aspekte Ausbildungs- und Beschäftigungsförderung sowie Existenzgründung ziehen. Jugendliche und Erwachsene, die eine Ausbildung anstreben, sollten nach Meinung der Befragten darauf besser vorbereitet und währenddessen stärker begleitet werden. So könne sichergestellt werden, dass sie den Einstieg in die Ausbildung, aber auch den qualifizierten Ausbildungsabschluss erfolgreich meisterten. Die Praxis mancher Ausbildungsanbieter*innen zeigt hierzu Möglichkeiten auf wie dies gelingen kann – beispielsweise durch kurze Betriebspraktika zur Berufsorientierung oder eine Flexibilisierung der Ausbildung, bei der schon nach dem ersten Ausbildungsjahr eine erste qualifizierende Prüfung abgelegt werden kann, die beispielsweise zu einer Assistenz Tätigkeit im angestrebten Beruf befähigt.

Im Handlungsfeld „Soziales“ wünschten die Befragten mehr Maßnahmen, die das Zusammenleben im Stadtteil fördern. Darunter sind sowohl Maßnahmen zu verstehen, die auf den Auf- und Ausbau einer Infrastruktur ausgerichtet sind, in der sich das Stadtleben abspielt, als auch solche, die auf die aktive Gestaltung von Programmen und Veranstaltungen für die verschiedenen Stadteinswohner*innen wie Familien, Jugendliche, Frauen und Senioren abzielen. Nur unter Berücksichtigung beider Aspekte könne das Stadtleben positiv beeinflusst werden. In diesem Handlungsfeld spielt zudem die Absicherung von Menschen, die von Obdachlosigkeit oder generell von Armut bedroht sind, eine erhebliche Rolle.

Auch im Handlungsfeld „Stadtleben und Kultur“ legten die Befragten den Fokus auf eine Förderung der Stadteinkultur. Wie oben benannt beziehen sich die Vorschläge in diesem Bereich sowohl auf Verbesserungen im Programm als auch der Infrastruktur. So wünschten sich die Befragten zum einen mehr Veranstaltungen und niederschwellige Angebote im Stadtteil und zum anderen mehr Räumlichkeiten und Orte für Kulturschaffende. Ein weiterer Bedarf besteht den Ergebnissen nach darin, dass kulturelle Angebote für alle Einwohner*innen ansprechend und zugänglich sein sollen.

Im Handlungsfeld „Demokratie“ wurde vorwiegend die Möglichkeit zur Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen für die Einwohner*innen angesprochen. In diesem Zusammenhang wünschen sich viele Befragten eine häufigere Durchführung von öffentlichen Debatten sowie die Initiierung von Bürgerforen, bei denen die Stadtgesellschaft bei wichtigen Entscheidungen konsultiert werden sollte. Die Ausweitung des kommunalen Wahlrechts auf alle Einwohner*innen wurde ebenfalls von den Befragten als Ausdruck der Möglichkeit zur politischen Teilhabe häufig genannt. Nicht zuletzt wünschten sich die Befragten mehr Angebote der Demokratiebildung.

Im Handlungsfeld „Stadtverwaltung und interkulturelle Öffnung“ lag der Schwerpunkt der Antworten auf die Modernisierung der Verwaltung. Unter dieser Kategorie wurden verschiedene Vorschläge zusammengefasst, die sich eher auf eine allgemeine Umstrukturierung als auf spezifische Bedarfe in Bezug auf migrationsbedingte Vielfalt ergaben. So äußerten die Befragten vor allem den Wunsch, dass die Verwaltung ihre Dienstleistungsqualität und die Kommunikation mit der Öffentlichkeit, sei es über die offiziellen Medienkanäle der Stadt oder in eins zu eins Beratungssituationen mit Kund*innen, verbessert. In Bezug auf die interkulturelle Öffnung der Verwaltung forderten die Befragten, dass die vorhandene migrationsbedingte Vielfalt in der Stadt besser auch in den Verwaltungsstrukturen abgebildet wird, das heißt, dass die Stadt mehr Personen mit internationaler Biografie einstellen und zu höheren Positionen befördern sollte.

Fast alle benannten Themenvorschläge werden in den Handlungsfeldern der LIP-Strategie behandelt. Nur drei Themen, die in der Umfrage neu aufgetaucht sind, nämlich die Themen Umwelt, Mobilität und Digitalisierung fanden bisher keinen Einzug in die LIP-Strategie. Die Relevanz dieser drei Themen im Kontext einer Migrationspolitik der Landeshauptstadt Hannover wäre noch weiter zu verhandeln.

Im dritten und letzten inhaltlichen Fragenblock konnten die Teilnehmenden ihre Visionen für die Zukunft der Stadt formulieren und schildern, wie diese Visionen durch das Engagement jedes Einzelnen oder von gesellschaftlichen Akteuren verwirklicht werden können. Insgesamt korrespondieren die Antworten auf die hier gestellten Fragen mit Angaben aus den ersten zwei Fragenblöcken. Die formulierten Visionen für die Zukunft umfassten beispielsweise eine Stadt, in der die Diversität der Bevölkerung eine überall sichtbare Selbstverständlichkeit ist und in der die Menschen in den Nachbarschaften sich begegnen, austauschen und gegenseitig unterstützen können. Hier sieht man deutliche Parallelen zu den Antworten auf die Frage, was Hannover insbesondere ausmacht, nämlich – so die Befragten – die Diversität, Toleranz und Hilfsbereitschaft ihrer Einwohner*innen. Daraus lässt sich schließen, dass die städtische Realität, so wie sie wahrgenommen wird, auch in der Zukunft weiter gefestigt werden sollte. Oder anders ausgedrückt, dass wir uns auf dem richtigen Weg befinden.

Die Antworten auf die nächsten zwei Fragen in diesem Fragenblock ähneln sich stark. Die Befragten nannten Themen, die sie in der Stadt beziehungsweise in ihrem eigenen Umfeld angehen und verbessern wollen würden. Am häufigsten wurden die Aufwertung der Stadtteile und die Verbesserung des Zusammenlebens in diesen genannt. Die konkreten Beispiele bezogen sich auf die Verbesserung des Stadtbilds durch Müllbeseitigung, Begrünung und bessere Nutzung des öffentlichen Raums sowie den Aufbau stadtteilbezogener Strukturen, die den Dialog zwischen den Einwohner*innen durch ansprechende kulturelle Angebote fördern. Wichtig für die Befragten schien auch die Förderung der sozialen Gerechtigkeit zu sein, die am zweithäufigsten genannte Antwortkategorie zu diesen Fragen. Konkret bezogen sich die Antworten auf eine Verbesserung der Bildungsangebote und der sozialen Sicherheit, sodass jede*r eine Arbeit sowie bezahlbaren Wohnraum haben könne.

Als Letztes wurde in diesem Fragenblock gefragt, wie gesellschaftliche Akteure zur Umsetzung der formulierten Zukunftsvisionen besser beitragen können. Hierzu antworteten die Befragten, dass Entscheidungsprozesse mit Auswirkung auf das Stadtleben unter stärkerer öffentlicher Beteiligung stattfinden sollten. Weiterhin wäre es aus ihrer Sicht wichtig, dass sich die Akteur*innen untereinander besser vernetzen und ausreichend mit finanziellen, personellen, zeitlichen und räumlichen Ressourcen ausgestattet werden.

5. Anhang

Tabelle 9: Weitere Aspekte, die keinem der sechs LIP-Handlungsfelder zugeordnet werden können, (Anzahl der Nennungen = 69)

Nr.	Welche weiteren Aspekte, die keinem der oben genannten Handlungsfelder zugeordnet werden können, sollten unbedingt im LIP 2.0 noch behandelt werden?	Anzahl	Anteil in %	Thema wird im Strategiepapier behandelt?
1	Querschnittsthemen	13	19%	
	<i>Kinder und Jugendliche als Querschnittsthema</i>	2		<input checked="" type="checkbox"/>
	<i>Verteilungsgerechtigkeit</i>	1		<input checked="" type="checkbox"/>
	<i>Gender- und Diversity Aspekte</i>	1		<input checked="" type="checkbox"/>
	<i>Überwindung von strukturellem und institutionellem Rassismus</i>	4		<input checked="" type="checkbox"/>
	<i>Sensibilisierung zum Umgang mit migrationsbedingter Heterogenität</i>	4		<input checked="" type="checkbox"/>
	<i>Aufklärung über Rechtspopulismus</i>	1		<input checked="" type="checkbox"/>
2	Handlungsfelder	36	52%	
	<i>Sprache und Mehrsprachigkeit (Bildung)</i>	2		<input checked="" type="checkbox"/>
	<i>Gerechter Zugang zu Ausbildungsstellen, Studiengängen, Berufen (Bildung)</i>	1		<input checked="" type="checkbox"/>
	<i>Beschäftigungsförderung (Wirtschaft)</i>	1		<input checked="" type="checkbox"/>
	<i>Veranstaltungen zur Stärkung des interkulturellen Austausches (Stadtleben und Kultur)</i>	3		<input checked="" type="checkbox"/>
	<i>Interreligiöser Dialog (Stadtleben und Kultur)</i>	2		<input checked="" type="checkbox"/>
	<i>Sicherheit im öffentlichen Raum (Demokratie)</i>	3		<input checked="" type="checkbox"/>
	<i>Verbesserung der städtischen Infrastruktur & Lebensqualität (Soziales)</i>	5		<input checked="" type="checkbox"/>
	<i>mehr niederschwellige Angebote im Stadtteil für Migrant*innen inkl. psychologische Beratung (Soziales)</i>	2		<input checked="" type="checkbox"/>
	<i>Gesundheit (Soziales)</i>	1		<input checked="" type="checkbox"/>
	<i>Maßnahmen für Geflüchtete (Soziales)</i>	3		<input checked="" type="checkbox"/>
	<i>Maßnahmen für Papierlose (Soziales)</i>	1		<input checked="" type="checkbox"/>
	<i>Verbesserung der Servicequalität (Stadtverwaltung und IKÖ)</i>	4		<input checked="" type="checkbox"/>
	<i>Interkulturelle Öffnung (Stadtverwaltung und IKÖ)</i>	2		<input checked="" type="checkbox"/>
	<i>Umwelt</i>	3		
	<i>Mobilität</i>	1		
	<i>Digitalisierung</i>	2		
3	Vorschläge für den LIP-Prozess	12	17%	
	<i>Systemisch denken</i>	2		<input checked="" type="checkbox"/>
	<i>paritätische Teambesetzung</i>	1		<input checked="" type="checkbox"/>
	<i>Beteiligung der breiten Öffentlichkeit inklusive migrantischer Communities</i>	6		<input checked="" type="checkbox"/>
	<i>Bei der Formulierung von Maßnahmen das Prinzip des Förderns und Forderns anwenden</i>	2		Entspricht nicht der

Nr.	Welche weiteren Aspekte, die keinem der oben genannten Handlungsfelder zugeordnet werden können, sollten unbedingt im LIP 2.0 noch behandelt werden?	Anzahl	Anteil in %	Thema wird im Strategiepapier behandelt?
	<i>Möglichkeit, Vorhaben im Prozess zu ändern</i>	1		Haltung der LHH <input checked="" type="checkbox"/>
4	Sonstiges	8	12%	